ISRAEL NACHRICHTEN

חדשות ישראל

DIENSTAG, 29. OKTOBER 1974 • PREIS IL 1.— יום שלישי, י"ג חשון תשל"ה ★ המחיר: ל"י

Vermittlungsausschuss soll die Gipfelkonferenz von Rabat retten

Laermende Zusammenstoesse zwischen Hussein und Arafat

Nachdem alle Bemühungen um die Einigung zwischen Hussein und Arafat gescheitert waren und anscheinend auch ein privates Gespräch zwischen beiden ergebnislos geblieben war, *hatte die Spitzenkonferenz von Rabat einen siebenköpfigen Versöhnungsausschuss gebildet.* Dieser bemühte sich trotz aller bestehenden Gegensätze, eine Kompromissformel zu finden. Der Versöhnungsausschuss wurde von König Hassan von Marokko geleitet und sollte seine Arbeit noch nachts beenden. Nach den vorliegenden Plänen soll heute das Schlusskommuniqué der Konferenz veröffentlicht werden.

★ Nach einer Nachtmeldung arbeitete der Versöhnungsausschuss eine Kompromiss-Formel aus, die der PLO die wichtigste Rolle in der Palästinafrage zuweist, während Jordanien nur eine nebensächliche Stellung zugebilligt wird. Hussein soll der PLO nachgegeben haben.

Rabat (R) — **Trotzdem die Sitzungen der arabischen Gipfelkonferenz unter Ausschluss der Oeffentlichkeit vor sich gingen, enthüllten der Konferenz nahestehende Kreise gewisse Einzelheiten übr die stürmischen Debatten, die sich im Tagungssaal abgespielt hatten.**

Es gab insbesondere einen lärmenden Zusammenstoss zwischen Hussein und Arafat. Die Auseinandersetzung nahm solche Formen an, dass Präsident Sadat, König Feisal und König Hassan *mehrere Male eingreifen mussten,* um die Gemüter zu beruhigen.

Der Streit zwischen Hussein und Arafat hatte begonnen, als Arafat in einer langen Erklärung verlangt hatte, dass die Gipfeltagung unverzüglich die PLO als alleinige Vertreter der Palästinenser anerkennen solle. Arafat wandte sich mit aller Schärfe gegen die Pläne Husseins, der gefordert hatte, zunächst solle ihm das Westufergebiet übergeben werden und *dann solle die Bevölkerung dieser Zone* in einem Plebiszit über ihre Zukunft zu entscheiden haben. Arafat sagte, die Araber hätten die PLO als allein legitimierte Vertreterin der Palästinenser anerkannt, und seine Organisation müsse das Recht haben, einen Staat der Palästinenser im Westufergebiet und der Zone von Gaza zu gründen.

Der algerische Präsident Boumedienne soll Arafat voll und ganz unterstützt und verlangt haben, dass Hussein sich auf das Ostjordanland zu beschränken habe. Der irakische Vizepräsident Takriti verlangte, dass die Araber alle Pläne für eine friedliche Verständigung mit Israle auf der Genfer Konferenz fallen lassen und sich statt dessen zum entscheidenden Krieg vorbereiten sollten.

Beirut (AFP) — Die radikalen Erklärungen von Arafat wurden inzwischen in der Hauptstadt des Libanon von Naif Havatme, dem Chef der 'Demokratischen Volksbefreiungsfront' unterstützt. Havatme erklärte, es werde „keine Versöhnung, kein Ausgleich und keine Zusammenarbeit mit dem Södlingsregime von Hussein" geben. Er warnte ausserdem vor jeder Herabsetzung des Erdölpreises und forderte, dass die Araber das Erdöl mit allem Nachdruck als Kampfmittel benutzen sollen.

Die libanesische Zeitung „Al Nahar" *veröffentlichte* eine Photokopie einer Petition von 180 arabischen Führern aus dem Westufergebiet und aus der Zone von Gaza. die sich für die PLO einsetzen. Diese Petition wurde an Arafat geschickt

★ Der Präsident von Uganda, Idi Amin, der in einer reich geschmückten Uniform auf der arabischen Gipfelkonferenz als Gast erschien, erregte dort gewaltiges Aufsehen. Unter seinen vielen Orden befand sich nämlich auch das Fallschirmjäger-Abzeichen, das er in Israel bekommen hatte. In der Zeit, in der Idi Amin freundschaftliche Beziehungen zu Israel unterhalten hatte, hatte er einen Kurs für Fallschirmspringer in Israel absolviert.

Knesset verurteilt UN-Anerkennung der Terroristen

Jerusalem (HM) — **Ein eindeutige Verurteilung der Anerkennung des Dachverbandes der Terrororganisationen durch die UN-Vollversammlung ist in einer gemeinsamen Resolution enthalten, die gestern abend von den Koalitionsparteien und den Oppositionsparteien, mit Ausnahme von Rakach, in der Knesset angenommen wurde. Meir Pail von Moked war im Saale während der Abstimmung nicht anwesend.**

Die Resolution gegen die PLO-Anerkennung seitens der UN, folgte einer mehr als zweistündigen Debatte, die sich einem dringlichen Tagesordnungsantrag des Likud, eingebracht von MdK Menachem Begin, anschloss. Der Antrag wurde von MdK Schmuel Tamir, namens des Likud begründet, der Verurteilung der PLO verlangte.

Ein anderer Likud-Redner, MdK Jedidia Beeri, richtete einen scharfen Angriff auf die israelische Aufklärung im Ausland, und meinte, sie sei der arabischen Propaganda in der Palästina-Frage nicht gewachsen. MdK Jehuda Judin (Maarach-Mapam) sagte, man müsse über das moralische Niveau der UN besorgt sein, die Mörder und Terroristen als Freiheitskämpfer betrachtet. Amnon Lin (Likud) warnte, dass die Errichtung eines Palästinenserstaates die Beziehungen Israels und der Bevölkerung des Westufergebiets vergiften müsse.

Jemenitischer Offizier — Kommandeur in Gaza

Der aus einer jemenitischen Familie stammende Offizier David Maimon (in Rischon Lezion geboren) wurde zum Tat Aluf befördert und zugleich zum Kommandeur der Zone von Gaza und des Gebiets Nordsinai ernannt. Er wird Nachfolger von Tat Aluf Abraham Orli, der die Zone von Gaza verlässt und eine andere wichtige Aufgabe im Rahmen der Armee übertragen bekommen hat.

David Maimon wurde 1929 in Rischon Lezion geboren. Sein Vater, Ahron Maimon arbeitet 55 Jahre in der Weinkellerei in Rischon Lezion und hatte dort David Ben Gurion kennengelernt, der auch in der Weinkellerei als Arbeiter tätig war.

David Maimon hat eine Reihe wichtiger Aufgaben innerhalb der Armee erfüllt. Ben Gurions Traum war es immer gewesen, dass einmal auch ein Jemenite Generalstabschef des israelischen Heeres sein könne. Dieser Wunsch ist zwar noch nicht in Erfüllung gegangen, aber mit der Ernennung von David Maimon für einen solch hohen und verantwortlichen Posten, zeigt sich, welch weiten Weg die jemenitische Bevölkerungsgruppe im Lande zurückgelegt hatte und wie sie sich hier eingliedern konnte.

FINANZMINISTER BEANTRAGT ZUSATZBUDGET

Jerusalem (HM) — Im Rahmen eines Gesetzesantrags (Budgetgesetz No. 2) beantragte gestern Finanzminister Rabinowitz in der Knesset. ein Zusatzbudget von nabezu IL 1.400 Millionen zu bestätigen. Die Debatte darüber wurde auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.

Der Finanzminister versprach seinerseits. weitmöglichst zusätzliche Kürzungen im Ausgabenbudget der Regierung bis Ende März 1975 vorzunehmen.

POLIZEI GEHT IN SCHEVENINGEN VOR

20 Polizeibeamte drangen gestern abend in das Gebäude ein, in dem die vier Häftlinge ihre Geiseln festgehalten hatten. Das Ergebnis der *polizeilichen* Aktion war zunächst noch nicht bekannt.

„ZITRUS-UNFALL" IN TEL-AVIV

Ausgerechnet neben dem „Beth Hadar" am Derech Petach Tikwa in Tel-Aviv stiess ein Privatwagen mit einem Fahrzeug zusammen, das Fruchtsaftflaschen beförderte. Hunderte von Flaschen stürzten auf die Fahrbahn. Wegen der zahlreichen Glassplitter musste der gesamte Verkehr umgeleitet werden.

310.000 WOHNUNGEN IN VIER JAHREN

Jerusalem (HM) — **Der Fünfjahresplan. den die Regierung auf Antrag von Wohnbauminister Abraham Ofer zu begutachten begann, setzt die Enteignung von 33,000 Dunam Land und die Umgestaltung weiterer 30,000 Dunam meist landwirtschaftlichen Bodens für Wohnbauzwecke voraus. — Dies berichtete auf einer Pressekonferenz in Jerusalem Wohnbauminister Abraham Ofer.**

Eigentlich, erklärte Ofer, arbeiten wir heute „von der Hand zum Mund", wobei wir nichts in der Hand haben. Wir sind drei Jahre bei der Planung und zwei Jahre bei der Entwicklung im Rückstand. Der Fünfjahresplan hat es sich in erster Linie zur Aufgabe gemacht, dass die Bauplanungsbehörden die Planungsinitiative ergreifen, statt von den jeweiligen Bedürfnissen abhängig sein zu müssen.

Der Wohnbauminister erklärte, er habe von der Regierung nicht eine grundsätzliche Zustimmung erbeten, die die Durchführung des Planes seinem Ministerium nach eigenem Gutdünken überlassen. Er habe vielmehr einen fertigen, in allen Einzelheiten durchdachten Plan präsentiert und erwarte von der Regierung, dass diese ihn völlig billige.

Der Kostenaufwand dürfte sich auf IL 43 Milliarden belaufen.

Der Plan sieht die Errichtung von 310.000 Wohnungen vor, von denen 104.000 vom privaten Bausektor kommen sollen. Die restlichen 206.000 Wohnungen sollen unter der Überwachung des Wohnbauministeriums für öffentliche Wohnzwecke fertiggestellt werden und Einwanderern, jungvermählten Ehepaaren sowie minderbemittelten, rückständig untergebrachten Alteingesessenen zur Verfügung stehen.

Die Durchführung des Planes, der auf der erwarteten Einwanderung von 60.000 Olim pro Jahr beruht, soll im kommenden Frühling oder Sommer beginnen. Der Plan sieht auch eine Reserve von 60.000 Wohneinhei-

DAS WETTER

Temperaturen: Jerusalem 17—23. Tel Aviv 19—25, Haifa 21—25. Höhe von Golan. 13—19. Tiberias 21—27, Lod 18—26, Gaza 21—26, Beer Schewa 19—26. Ejlat und Golf Schlomo 21—31 Grad.

תל־אביב—יפו
TEL-AVIV - JAFO
P. P. — שולם
139

Israel Corporation-Affäre an den Staatskontrolleur

...rusalem (HM) — **Der Finanzausschuss der Knesset veröffentlichte gestern eine Reihe Zwischenentscheiden, zu ...er nach mehreren Sitzungen in deren Verlauf er sich der Israel Corporation-Affäre auseinandersetzte, gelangt war.** ...r Ausschuss ist der Meinung, dass die Untersuchung der ...titionen der Gesellschaft ...Ausland (sowie die Frage, ...fern Gesetzesübertretungen ...anden), dem Staatskontrolleur übergeben werden sollte. ...Staatskontrolleur ist befugt ...mit den erforderlichen Qua...tionen ausgestattet, diese ...fungen schnellstens vor...men.

...Finanzausschuss der Knesset wird die Behandlung eines ...zesantrags zur Ueberwachung der staatseigenen Gesellschaften (der bereits voriges Jahr ...ter Lesung von der Knesset ...rt wurde), baldmöglichst ...de führen.

...Ausschuss glaubt, dass ...formulierte Direktiven an ...ertreter der Regierung in Aufsichtsräten der Regie...gesellschaften, ausgearbeitet ...n sollten. Die Regierungs...er in den Aufsichtsräten ...die erforderlichen Fähig...besitzen, ihr Amt auszu...und sich dieser Aufgabe ...vollamtlich widmen. Die ...ung wird gebeten dem Finanzausschuss der Knesset zu ...en, ob sie diese Empfeh...zeptiert. In Zukunft soll... Regierung auch nicht ...nur einen Repräsentanten ...em solchen Aufsichtsrat ...n sein.

...Finanzausschuss wendet ...den Finanzminister mit ...te, die Ermittlung in der ...abteilung des Finanzministeriums über die Devisenanlagen israelischer Gesellschaften im Ausland schnellmöglich zu Ende zu führen.

Die Regierung wird ersucht, dafür zu sorgen, dass die Tätigkeit der Israel Corporation mit den Absichten des Gesetzgebers und dem Geiste des Sondergesetzes, das in bezug auf die Gesellschaft erlassen wurde, in Einklang steht. Der Finanzminister wird ersucht, alle Sondergenehmigungen, die der Israel Corporation zur Deponierung von Geldmitteln im Ausland erteilt wurden, erneut zu überprüfen, und dem Ausschuss nachher über die Ergebnisse der Untersuchung Bericht zu erstatten.

Die Angehörigen der Likud-Minderheit im Finanzausschuss der Knesset (die Abgeordneten S. Ehrlich, M. Arens, J. Bader, S. Slunim, G. Patt, Ch. Korfo, Z. Shoval, E. Shostak) veröffentlichten einen Sonderbericht der Ausschuss-Minderheit, in der *die Forderung gestellt wird,* die Ermittlung einer Untersuchungskommission, gemäss dem Gesetz über die Untersuchungskommissionen aus dem Jahre 1968, oder einer parlamentarischen Untersuchungskommission zu überlassen. Die Regierung wird aufgefordert, unverzüglich ihre Vertreter in den Aufsichtsräten der Israel Corporation, von ZIM und der Haifaer Oelraffinerien auszuwechseln. Ferner solle verhindert werden, dass die Regierung von nur einem Repräsentanten im Aufsichtsrat vertreten wird. Ebenso wird empfohlen, dass bestehende Gesetz zur Förderung von Investitionen abzuändern, um Missbräuche der darin enthaltenen Vergünstigungen zu vermeiden.

Die Unterzeichneten des Minderheitsbefundes sind der Meinung, dass von Anfang an ein beträchtlicher Teil der Deviseneinlagen öffentlicher Gelder und privater Investoren, hätte gerettet werden können, hätte die Regierung die Affäre behandelt.

Die Angehörigen der Opposition wollen im Plenum der Knesset Interpellationen einbringen, in denen sie die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission fordern.

...ürgerrechtsbewegung scheidet aus der Regierung aus

...gestrige Tag stand voll ...z im Zeichen der Aus...setzungen um die Er...g der Koalition durch .... Gestern abend trat der ...at der Bürgerrechtsbe...zusammen, um die künf...tung der Gruppe ange...r letzten Entwicklungen ...en. Schulamit Aloni be...sich zur Auffassung, ...**Bürgerrechtsbewegung ... Regierung ausscheiden ...d, versuchen müsse in ...osition ein Hebel zur ...ng des Systems zu wer...**

...gegenüber appellierte der ...ung der Bürgerrechtsbe... als Gast eingeladene **Mosche Kol in leiden...en Worten an die ...im Kabinett zu bleiben.** ...der Regierung könne ... „politische Manöver ...sche Dayan und seitens ...d verhindern", während ...mit negativen Kräften ...n in der Opposition ste...le.

...längerer Debatte be...die Bürgerrechtsbewe... 38 gegen 12 Stimmen ... Regierung auszutreten, ...e RNP sich für au... Schulamit Aloni und ...ordnete Marscha Fried...onten, dass für die Bür...bewegung in einer sol...ierung kein Platz sei.

...hatte die Mapam sich grundsätzlich für die Aufnahme der RNP in die Regierung ausgesprochen, hatte jedoch **die Bedingungen Rabins dahin gedeutet, dass die RNP sich in jeder Weise zur Koalitionsdisziplin verpflichten müsse. RNP-Kreise liessen deutlich werden, dass sie mit dieser Darstellung nicht einverstanden waren.**

Umstritten war auch die Zuteilung von Ministerposten. Rabin wollte der RNP vier Minister geben, wenn einer von diesen zum Kreise *der „Jungen"* gehört. Die Gruppe der Jungen (Emunim) trat gestern abend zusammen, um sich über ihre Stellung schlüssig zu werden.

Der Mapam, die drei statt zwei Ministerposten verlangte, bot Rabin zusätzlich (jedoch ohne neuen Minister, evtl. noch einen Vizeminister), das Postministerium an, oder wollte ihr einen Vizeminister in einem wichtigen wirtschaftlichen Ministerium geben.

Der gestrige Abend stand im Zeichen weiterer intensiver Parteiberatungen, und Rabin liess durchblicken, dass er dringend daran interessiert sei eine Ent*scheidung* über die Neugestaltung der Regierung bis zum Ende der Woche herbeizuführen.

DIE LETZTEN 24 STUNDEN

● **US-Aussenminister Prof. Kissinger** traf zweimal mit der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi zusammen. In den Gesprächen sollen die bisherigen Meinungsverschiedenheiten bereinigt worden sein. Indien will sich der Begrenzung in der Atomaufrüstung unterwerfen. US-Präsident Ford wird möglicherweise nach dem Treffen in Wladiwostok zu einem Besuch nach Indien kommen.

● **Handels- und Industrieminister Barlev,** begann seine Gespräche in Bukarest. die eine Erweiterung des israelischen Handels mit den osteuropäischen Staaten einleiten sollen.

● **Terroristenführer Arafat** wurde offiziell eingeladen, zur Welternährungskonferenz am 5. November nach Rom zu kommen. Die Antwort Arafats dürfte „aus Sicherheitserwägungen" erst im letzten Augenblick eintreffen.

● **Auf dem Flughafen von Rom** wurden verschärfte Sicherheitsvorkehrungen eingeleitet, weil wegen der Gipfelkonferenz von Rabat mit Terroranschlägen gerechnet wurde.

● **Gefälschte Dollarnoten im** Betrag von über 8 Millionen Dollar, wurden in Los Angeles beschlagnahmt. Der grösste Teil dieser Summe, (der höchsten, die jemals entdeckt werden konnte, befand sich in einem Fahrzeug

...eate Klarsfeld nach Paris zurueck

...AFP — **Beate Klarsfeld ...gestern aus Marokko ...en worden und wieder ...eingetroffen.**

...m Flugplatz Orly be...sie den Journalisten, ...mit einem Linienflug ...Casablanca und von ...einem Taxi nach Ra...mmen war. Die zahl...rassenkontrollen konnte sie passieren. Nachdem sie Flugblätter verteilt hatte, in denen das Lebensrecht für Israel gefordert wird, nahm sie die marokkanische Polizei fest, die jedoch nur ein Foto aufnahm und die Fingerabdrücke abnahm.

Dann wurde ihr die Ausweisung mitgeteilt. Marokkanische Polizisten brachten sie zum Flugzeug.

aus Israels PRESSE

KISSINGERS WUNDERTATEN SCHEINEN ZUENDE ZU SEIN

Der grösste Teil der Leitartikel der israelischen Tageszeitungen beschäftigte sich gestern mit den Ergebnissen der Moskaureise des amerikanischen Aussenminister Kissinger. Alle Blätter waren sich darüber einig, dass Kissinger *diesmal* keineswegs wirkliche Erfolge zeitigen konnte.

Dawar bezeichnet die Kissinger-Reise in die Sowjetunion als Ende *der* Wunderepoche des amerikanischen Aussenministers. Natürlich wird *Kissinger* selbst nun vesuchen, seinen Ruf, den er sich durch die Jahre erworben hatte, wieder zu erobern, aber die Umstände sind jetzt weitaus schwieriger als das vorher der Fall gewesen war. Die grosse Manövrierfähigkeit, die der Aussenminister für die ganze Aussenpolitik der Vereinigten Staaten gehabt hatte, als er mit dem Präsidenten Nixon zusammenarbeitete, ist dahin. Die neue Administration bindet Kissinger stärker, da *nicht* die Nixonsche Aussenpolitik in dem Masse weitergeführt wird, wie das bis zur Uebernahme der Regierung durch Ford der Fall gewesen war.

Hazofe meint, die Sowjets hätten in allen den Nahen Osten angehenden *Fragen eine recht* harte Haltung eingenommen und daher kam es zu Schwierigkeiten bei den Gesprächen, welche der amerikanische Aussen*minister in Moskau geführt hat*te. Russland ist hier ganz und garnicht elastisch, auch wenn bei anderen Fragen der Weltpolitik eine solche sowjetische Elastizität spürbar sein mag. Die Russen wollen unbedingt alle Verhandlungen, die mit dem Nahen Osten zusammenhängen, nach Genf verlegen, da sie dort einen festen Status haben, während sie diesen sonst nicht erhalten können. Sie stellen sich aus diesem Grunde gegen alle persönlichen Verhandlungen, die der amerikanische Aussenminister für den Orient einleiten mag.

Al Hamischmar ist ebenfalls davon überzeugt, dass die Russen *das Hauptgewicht jeder* Verhandlung über einen Frieden im Nahen Osten auf die Konferenz in Genf legen werden, da sie dort vertreten sind. Solange Kissinger bereit ist, diese Verhandlungen in Genf zu führen und alles zu tun, was in seinen Kräften steht, um diese Konferenz zu stärken, wird auch die Sowjetunion nichts unternehmen, um seine Bemühungen zu stören. Allerdings, so glaubt das Blatt, hängt natürlich der Erfolg der Genfer Gespräche ausschliesslich von dem ab, was die arabischen Staaten bei ihrer Gipfelkonferenz in Rabat, der *Hauptstadt* von *Marokko*, beschliessen werden. Hier liegt der wirkliche Schlüssel für Krieg oder Frieden im Nahen Osten.

RABAT UND DIE NAHOSTBESCHLUESSE DER ARABER

Omer fordert, dass wir jetzt, angesichts der Konferenz von *Rabat, unsere Pläne* genau veröffentlichen, damit auch unsere Gegner wissen, worauf wir uns bei Verhandlungen einlassen würden und worauf nicht. Die *Zeitung* meint, der Rückzug im Sinai, den wir für Aegypten antreten würden, sollte nicht zu weitgehend sein. Vorher müssten auch wir deutlich erfahren, was Aegypten — und die arabischen Staaten überhaupt — zu geben bereit sind, wenn Israel einen weiteren Rückzug antritt.

Al Auba weist darauf hin, dass zur Zeit in Rabat darum gerungen wird, ein Kompromiss zwischen Husseins Jordanien und der Palästinabefreiungsorganisation zu schliessen, damit klar werde, wer eigentlich die Palästinenser vertreten soll. Die Araber werden sich, wie das Blatt meint, unbedingt darum bemü*hen, zu verhindern*, dass es in dieser Frage zu einem offenen Bruch kommt, der nur dazu führen könnte, dass jede Regelung im Nahen Osten überhaupt, aber auch unter den Arabern selbst, torpediert wird.

FRANKREICH UND DER NAHE OSTEN

Schearim verlangt, wir sollten dem französischen Aussenminister klarmachen, dass wir mit Mördern und Verbrechern leben müssten, würden wir seinem Lande in der Anerkennung der Terroristen folgen. Hier liegt der grosse Unterschied zwischen uns und den Staaten Europas.

kleine ANZEIGEN

CLUB DES GOLDENEN ALTERS auf dem Karmel. Rothschild Community Center. Heute nach. 4.15 Uhr. Redakteur **Martin Bielski**, Ramat Gan: „Gibt es einen Weg zum Frieden?" Gäste willkommen.

Sieben Jahre Gefängnis für Befehlsverweigerung

Zum ersten Mal in der Geschichte des israelischen Verteidigungswesens wurden zwei Soldaten wegen Befehlsverweigerung während der Kriegshandlungen zu hohen Gefänigsstrafen verurteilt.

Zwei Feldwebel, Samal Chaim Israeli und Samal Jehuda Chajun, standen vor dem Militärgericht *des Zentralbereichs*. Sie waren wenige Stunden vor dem ägyptischen Angriff am 6. Oktober 1973 in eine befestigte Stellung im Südabschnitt des Suezkanals gesandt worden, um dort ein gepanzertes Fahrzeug zu reparieren. Kurz nachdem sie dort eingetroffen waren, begannen die Aegypter, mit heftigem Ar*tilleriefeuer*, mit Flugzeugen, Panzern und Infanterietruppen die Stellung anzugreifen. Die 18 Soldaten des Stammpersonals forderten von den insgesamt acht Soldaten, *die sich* zu *diesem* Zeitpunkt in der Stellung befanden, ihren Kampf zu unterstützen: sie sollten Munition verteilen und die ermüdeten Verteidiger ablösen. Die beiden Feldwebel leisteten diesem Befehl keine Folge; sie blieben zwei Tage lang untätig im Bunker, erst am dritten Tage verteilten sie Munition und Verpflegung an die Kämpfer. Kurze Zeit darauf konnten die Aegypter Ranch-Bomben in die Stellung werfen. Sechs Soldaten waren gefallen und einige wurden verwundet, darunter auch einer der beiden Feldwebel. Alle Ueberlebenden fielen in ägyptische Kriegsgefangenschaft, aus der sie erst nach sieben Wochen zurückkehrten.

Vor dem Militärgericht beriefen sich die beiden Feldwebel auf die starke Schockwirkung, unter der sie litten. Sie führten auch an, dass sie nicht zur Besatzung der Stellung gehörten und daher nicht zum Kampf verpflichtet werden konnten.

Das Militärgericht unter dem Vorsitz von Sgan -Aluf (Oberstleutnant) Elijahu Maza stellte jedoch in seiner Urteilsbegründung fest, dass von den beiden Feldwebeln keine eigentlichen Kämpferfunktionen, sondern nur Hilfsdienste gefordert wurden, die sie in Anbetracht der kritischen Situation erfüllen muss*ten. Sie haben zweifellos Angst* gehabt, aber dies galt im israelischen Militär noch n[...] Berechtigung einer [...] weigerung. Würde Z[...] solchen Grund [...] müsste dies zur B[...] aller seiner tapferen [...] führen.

Der Militärankläge[r] [...]ren (Major) Dani [...] hatte die Verhängung [...] setzlichen Höchststraf[e] zehn Jahren Gefäng[nis] [...]tragt. Das Militärger[icht] [...]teilte die beiden Fel[dwebel] **je sieben Jahre Gef[ängnis]** **Degradierung unter B[...]tigung folgender Tats[achen]** [...] beiden Angeklagten [...] vorbestraft; sie leistet[en] [...]stens am dritten Tag [...] derte Hilfe und fielen [...] tische Gefangenschaft; beiden Angeklagten w[...] bei verwundet; er [...] in Kürze verheiraten, der zweite Angeklag[te] *verheiratet ist und de[ssen]* frau schwanger ist.

Den Angeklagten [...] Recht der Berufung [...] von 15 Tagen zu. Ihr [...]ger hat bereits Beruf[ung ein]geleitet. Die Familienan[gehörigen] hatten im Gerichtssaal [...] Verurteilung protestier[t] [...] Bestrafung der Schul[digen an] den Fehlleistungen des [...]pur-Krieges gefordert. [...] den unter Hinweis au[f] [...] spiellose Tapferkeit der [...] tausenden vorbildliche[n] [...]schen Soldaten beruhigt[...]

Hindernisse für das neue Federmann-Erdölprojekt

Die westdeutsche Regierung hält nach Informationen von Korrespondenten die Genehmigung für ein Projekt zurück, in dessen Namen deutsche Investoren *60 Millionen DM* für Erdölsuche in Israel investieren sollen.

Der israelische Industrielle Jekutiel Federmann hatte mit einer grossen deutschen Investorengruppe Verbindungen aufgenommen. Es sollte eine Erdölgesellschaft „Fed-Oil" gegründet werden, deren Generaldirektor Mordechai (Motti) Friedmann sein sollte.

Federmann hatte uns in einem Interview erklärt, dass bis zum Ende dieses Jahres ein Teil der deutschen Gelder aufgebracht werden würden, und dass dann bald die praktischen Erdölarbeiten im Lande beginnen könnten.

Inzwischen sind jedoch in Deutschland Schwierigkeiten aufgetreten. Sie sollen nach der *Darstellung* von Federmann *auf* den Komplex der „Israel Corporation" zurückzuführen sein. Nachrichten wurden verbreitet, dass diese Gesellschaft indirekt den deutschen Investoren Gelder geliehen haben soll, um auf diese Weise in den Genuss der Vergünstigungen des deutschen Entwicklungshilfe-Steuergesetzes zu kommen. Seit der Affäre „Israel Corporation" hat die deutsche Bundesregierung die Kontrolle über alle Investitionsprojekte verschärft, besonders wenn es sich auf Pläne unter Benutzung der Vergünstigungen des deutschen Entwicklungs-Steuerhilfegesetzes han*delt*.

Israelische Stellen mit dem Berater der Regierung für Erdölfragen Dr. Dinstein an der Spitze bemühen sich sehr, die Haltung der deutschen Behörden zu ändern. Federmann selbst will sich in den nächsten Tagen erneut nach Deutschland begeben und hofft, dass schliesslich doch die erbetene Genehmigung für das Projekt erteilt werden wird.

Wie später bekannt wurde, hat Federmann eine Bestätigung der Regierung Israels erhalten, dass es sich um ein bona-fide Gemeinschaftsgeschäft mit der israelischen Regierung handelt und *nicht etwa um ein Manöver zur* Sicherung einer Anleihe. Die deutschen Behörden waren misstrauisch geworden, weil beim Finanzamt Köln Anzeigen wegen Missbrauch von Steuervorteilen eingegangen waren. Möglicherweise wird die ganze Angelegen*heit beim nächsten Besuch von* Federmann in Deutschland an das Finanzamt Düsseldorf übergeben werden. 20 Millionen DM sollen nach Auskunft des Federmann Konzerns von den deutschen Partnern bereits fest zugesagt sein.

Hier im Lande hat der Federmann-Konzern schon mit einer Reihe von Geologen und Fachleuten Verbindung aufgenommen, die nach den erforderlichen Vorprüfungen die geeigneten Bohrungsorte feststellen sollen. Wenn die deutschen Investitionsgelder, wie erhofft, eingehen werden, wird sich die Regierung Israels zu einem bestimmten Prozentsatz mit Krediten an dem ganzen Projekt beteiligen.

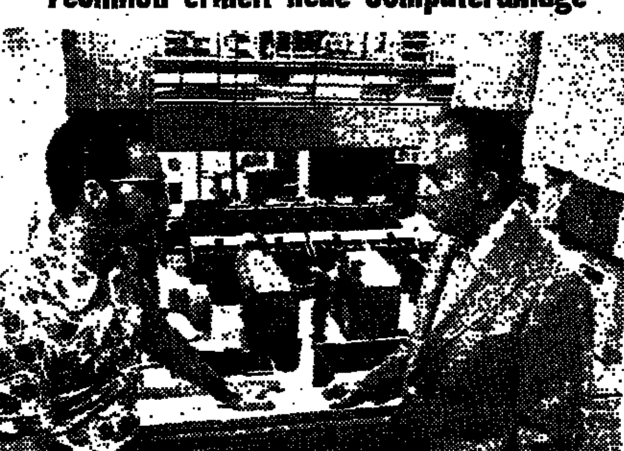
Marqueron wird an die Schweiz ausgeliefert

(acl) — *Der des Mordes ver*dächtigte schweizer Jude Serge **Margueron** wird von Israel ausgeliefert. Der Tel Aviver Bezirksrichter Dow Lewin gab nunmehr dem Auslieferungsbegehren der Schweizer Regierung statt.

Margueron wird dringend verdächtigt, zusammen mit einem anderen Schweizer, Bruno Santini, den zwielichtigen deutschen Millionär Kurt Gasch im schweizerischen Tessin kaltblütig ermordet zu haben. Margueron flüchtete nach der Tat nach Israel, wurde aber kurz nach seiner Ankunft verhaftet und sorgte als „schöner Serge" für *Schlagzeilen.*

Rechtsanwalt Meir Schächter, der Verteidiger Marguerons in Israel, sieht nun noch als letzte Chance gegen die Auslieferung seines Mandanten eine 30-tägige Einspruchsfrist an das Oberste Gericht offen.

Technion erhielt neue Computeranlage



Der neue IBC-Computer 370/168, der grösste in Israel, wurde im Taub-Computerzentrum des Technions von Haifa in Betrieb genommen. Auf dem Bild: Henry Taub (rechts), der Präsident *der Gesellschaft* der Technion-Freunde in den USA, und Dr. Doron Cohen, der Direktor des Computerzentrums, vor der neuen Anlage. (Siehe hierzu Beitrag auf S. 5.)

Deutsche Industrielle interessieren sich fuer Metall- und Elektronik-Wirtschaft

Tel Aviv (JEP) — Die aus Baden-Württemberg im Lande eingetroffene Delegation von Industriellen und Wirtschaftlern ist *nach den Erklärungen ihrer Mit*glieder besonders an den Produktionsmöglichkeiten Israels auf den Gebieten Metall und Elektronik interessiert.

Die Teilnehmer der Delegation versammelten sich gestern zu einer Besprechung im Tel Aviver Export-Institut, auf der der neu ernannte Direktor des Instituts, *Dr. Gideon Naor*, über die Organisation und die Funktionen des Export-Instituts berichtete. Er wies auf die besondere Bedeutung der Branchenzentren *hin, die innerhalb* des Instituts bestehen und die zu eigentlichen Hebeln der Ausfuhr*bemühungen* geworden sind.

Fritz A. Lewinson hatte darauf aufmerksam gemacht, dass die Handelsbilanz Deutschland-Israel sich immer noch sehr ungünstig für Israel gestaltet. Im ersten Halbjahr 1974 hat nach deutschen Ziffern die israelische Ausfuhr nach der deutschen Bundesrepublik etwas zugenommen; in Wirklichkeit handelte es sich um einen Rückgang der Ausfuhr, da man die inzwischen eingetretenen Preissteigerungen in Betracht ziehen muss. Demgegenüber hat sich im ersten Halb*jahr 1974 Deutschlands Einfuhr* nach Israel preis- und mengenmässig nicht unwesentlich erhöht.

Bei der Zusammenkunft, an der auch der bisherige israelische Handelsrat Remes (Zürich und Wien) und der israelische Wirtschaftskonsul in München, Pinchas Schamir, anwesend waren, wurden von den Gästen *zahlreiche Fragen aufgeworfen*, die sich auf die Wirtschaftsentwicklung des Landes beziehen.

Die Gäste hatten am Sonntag eine Zusammenkunft mit dem *Generaldirektor des Handels-* und Industrieministeriums, Dr. Mandelbaum, und dem Leiter der Aussenhandelsabteilung, Adin Talbar, gehabt. Auf ihrem *Programm* standen weiter Besprechungen mit führenden Industriellen und Besuche von Industriewerken. Der deutsche Handelsattache Jochum hatte den Gästen einen Empfang veranstaltet, ein weiterer Empfang ist seitens der israelisch-deutschen Handelskammer vorgesehen.

Zwanzig neue Siedlungen im Grenzgebiet

Die Kibbuzbewegung will innerhalb der nächsten zwei bis *drei Jahre 20 neue Siedlungen* gründen.

Abraham Bromm, der Sekretär der Bewegung, gab folgende *Projekte bekannt: eine Siedlung* in Geschur auf den Golanhöhen, eine neue Siedlung bei Naaran und die Besiedlung von Gilgal vielleicht auch von Gittit im Jordantal, eine weitere Siedlung bei *Kfar* Etzion in den Bergen bei Hebron, *eine* oder *zwei* Siedlungen in der Gegend von Pitchat Rafiah im Gaza-Streifen, eine Siedlung bei Ketura in der Arawa und drei oder vier Sied*lungen im Negev* zwischen Rewiwim und Sde Boker. Religiöse Siedlungen sollen im nördlichen Gaza-Streifen und im Etzion-Block entstehen.

Der Computer und der Rabbiner aus dem 13. Jahrhundert

Der Computer und der Rabbiner aus dem 13.Jahrhundert

Von ANNETTE GOODMAN

Eines der bevorzugten Dis- ussionsthemen in diesen Tagen .t in den meisten Ländern die bwertung der eigenen Währung. Iat unser Geld seinen Wert to- .l verloren, können wir unsere chulden zahlen und können wir ie Schulden eintreiben? Wenn , in welcher Währung?

Gehen wir zurück ins 13. Jahr- ndert, Rabbi Schlomo ben deret (der Raschba) beantwor- te obige Fragen in Spanien. emäss der Halacha „müssen die hulden nach einer Abwertung rch die Regierung in der neu- Währung gezahlt werden." Diese schnelle Antwort wurde f einem Computerband gefun- n. Phantasiereiche Studenten r Bar Ilan-Universität haben nk dieses modernen Wunder- ttels faszinierende Entdeckun- n gemacht, die Lösungen für oderne Situationen aufzeigten d bewiesen, dass praktisch je- s unserer aktuellen Probleme rtits vor vielen Jahrhunderten cannt war.

„Jeder Mann hat seine Zeit, es Ding seinen Platz", stellte Talmud vor 1 500 Jahren t. Nun ist dieses sagenhafte ische Grundgesetz, zusammen- ragen von Fachkräften der chologie, Medizin, Rechtswis- schaft, Soziologie und Philo- hie, erhältlich für alle dieje- en, die es benötigen.

esponsa" heisst der Titel eines ischen Buches, das seit ein r Jahren von Elektronik- fessoren der Bar Ilan-Univer- t untersucht wird. Es ist er- mlich, wieviele Probleme, von en man annimmt, dass sie n modernsten Leben gehören, ärt werden können dank Ma- als, dass vor Jahrhunderten its benutzt wurde — dank Hilfe des Computers.

cheidung, zivile und religiöse nung, Unehelichkeit, Schwan- chaftsunterbruch, Krieg und ror, Verbrechen, Erzielung Versicherung: Der sogenann- Input" des IBM 360/50 Com- rs der Bar Ilan-Universität die Suche über 200 solcher ensbereiche unternehmen auf- d der Quellen-Information, auf dem Band gespeichert ist. or sieben Jahren verwirk- e Professor Avierzis Frän- seinen Lebenstraum von der dung einer „Informations- derherstellung" der heiligen iften an der Bar Ilan-Uni- tät. Es ist bekannt, dass der bestand, an d. Hebräischen versität eine Liste zu erstel- die alle nachtalmudischen eckungen enthalten soll. essor Fränkel unternahm es, Frühzeit zu erkunden. In ammenarbeit mit dem Weiz- n-Institut ging die neue Ab- ng an die Arbeit.

Wir planen, eine gewaltige othek von 23 000 Büchern einer Viertelmillion Artikel Ausschnitte für unser Res- a-Projekt zur Verfügung zu n", erklärte Rabbi Mena- 1 Siae von der Mathemati- r-Fakultät der Universität. r Erfolg der Computerme- e ist überwältigend. Das tronengehirn findet in rund Prozent der Fälle die ge- chten Texte. In der altherge- achten Handsuchmethode die Erfolgsquote 78 Prozent sen. Es wird gehofft, dass Computer in Kürze auch für Suchen und die Zusammen- ung von jüdischen Religionsge- zen benutzt werden kann. ich nicht nur juristische und nschaftliche Themen werden esem berühmten „Haus der chen Entdeckungen" stu- Es besteht hier eine amü- Mischung von Material aus her Kultur, Literatur und k — mit einer gebrauchs- n Sammlung über jüdische oren — und der herrlichen ichte des jüdischen Tanzes. nchmal stösst man bei den hungen auf amüsante De- am Rande der Geschichte. n Sie, wie Maimonides ert hat, als er an einer jü- n Trauungszeremonie teil- , die offensichtlich Gebräu- on den Moslems übernom- hatte, wobei die Braut ei- nen Schwertertanz vor der Hochzeitsgesellschaft vorführte? Nun denn, der Computer wusste die Antwort: Der Rambam war „keineswegs amüsiert" und verliess die heitere Gesellschaft!

Eine Seefahrtversicherung gab es zum Beispiel schon 1338 auf der Insel Mallorca. Diese Entdeckung machte man erst jetzt, als die Vereinigung israelischer Versicherungsgesellschaften Informationen vom Responsa-Projekt verlangte und dann diese überraschende Antwort erhielt. Überraschend vor allem deswegen, weil die sich mit diesem Fach beschäftigenden Historiker diese Versicherung bisher nie erwähnt hatten — ganz einfach, weil sie es nicht wussten!

Ob Archaeologie, Flora und Fauna, Geschichte oder Geographie, man braucht nur die entsprechende Frage zu stellen und schon „weiss" der Computer die Antwort. Wenn dieser neue Wissenschaftszweig mit Disziplin und Integrität benützt wird, so kann er die Antwort auf manche Fragen liefern. Dies zeigte schon Staatspräsident Professor Katzir auf, als er letzthin vor dem neunten Nationalkongress für Datenverarbeitung in Jerusalem erklärte: „Diejenigen, die Daten und Fakten sammeln über die Bürger und ihre Einkommen, Geschichte und Gesundhtit, müssen sich, genause wie die Regierung der in ihren Händen versammelten Macht bewusst sein. Solche Informationen sollten nur für einen beschränkten Aufgabenkreis benützt werden. Wenn wir keine moralischen Wertmasstäbe haben, dann wird uns auch Technologie nicht retten."

Dies muss der Geist sein, der im Lande Israel herrscht . . .

neues AUS DER WIEDERGUTMACHUNG

Auch ehemalige Zwangsarbeiter haben Rentenanspruch

Von Dr. E. E. SCHEFTELOWITZ

In diesen Tagen weilte eine Abordnung aller für Israel zuständigen Versicherungsanstalten (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Landesversicherungsanstalt für Arbeiter und Bundesknappschaft) im Lande, die Aufschluss über mehrere aktuelle Fragen gab, welche uns hier besonders interessieren.

1) Nach dem letzten deutschen Sozialversicherungs - Wiedergutmachungsgesetz ist es bekanntlich für einen Rentenanspruch nicht mehr nötig, dass früher wenigstens ein Monatsbeitrag zur Sozialversicherung bezahlt worden war, zu dem dann noch die Ersatzzeit etc. hinzugerechnet wird. Es genügt vielmehr bereits nur die Glaubhaftmachung, dass man in der Verfolgungszeit, d. h. ab 33, als Unselbständiger (Arbeiter oder Angestellter) tätig gewesen war, auch wenn hierfür aus Verfolgungsgründen (Angst vor Anmeldung etc.) kein Beitrag an die Sozialversicherung gezahlt worden war. Aus diesem Grund wird die Hachscharah in Deutschland, bei der Kost und Taschengeld gezahlt wurde, als versicherungspflichtige Lehrlingstätigkeit in der Landwirtschaft anerkannt, die nur aus Verfolgungsgründen nicht angemeldet worden war.

Ebenso kann auch ein damals Unselbständiger die Zeit seiner Arbeitslosigkeit während der Verfolgungszeit als fiktive Beitragszeit beanspruchen.

Auf Grund einer Zwischenbemerkung des Schreibers dieser Zeilen ergab sich ferner, was bisher in Israel unbekannt war, dass nämlich damalige Zwangsarbeiter in Deutschland wahrscheinlich einen Sozialversicherungsanspruch, d. h. einen Rentenanspruch aus der Sozialversicherung, haben, weil sie eine versicherungspflichtige Tätigkeit ausgeübt hatten, für die aus Verfolgungsgründen kein Sozialversicherungsbeitrag gezahlt wurde. Die Voraussetzung einer damaligen freiwilligen Arbeitstätigkeit ist im Gesetz nicht vorgesehen, und andererseits mussten nach den damaligen Vorschriften die Zwangsarbeitsherren sogar auch ein Gehalt zahlen, das direkt an die SS ging. Alle ehemaligen Zwangsarbeiter (bei Krupp etc.) sollen sich daher dafür interessieren, ob sie unter Umständen eine Rente aus der deutschen Sozialversicherung beanspruchen können.

2) Nach dem Inkrafttreten des deutsch-israelischen Sozialversicherungsabkommens, das für Anfang 75 in Aussicht genommen ist, wird in der deutschen Sozialversicherung die israelische Bituach Leumi-Zeit, d. h. ab 1.4. 1954, berücksichtigt werden können, insoweit als sie die zur Rentenzahlung erforderlichen 60 bezw. 180 Monate ergänzt, d. h. wenn keine Nachzahlung erfolgt ist, oder auch wenn die israelische Zeit die für ein vorzeitiges Altersruhgeld (schon mit 63 Jahren) erforderliche 35jährige Beitragszeit ergänzt. Ferner wird die israelische Versicherungszeit den deutschen Ausfallzeiten hinzugerechnet werden können, wodurch sich in manchen Fällen eine „Halbdeckung" ergeben wird, die eine Rentensteigerung ermöglicht.

3) Zusammenfassend ist festzustellen, dass es in der deutschen Sozialversicherungs, als dem altersmässig letzten Zweig der Wiedergutmachung noch manche unausgeschöpfte Möglichkeiten einer Rntenverbesserung gibt. für welche die betroffenen Kreise sich interessieren sollten.

DAS WORT HAT der Leser

RNP IN DER KOALITION?

Die gegenwärtige innenpolitische Situation löste folgende Gedanken aus:

In welcher Weise tritt der Heilige, gelobt sei Er, der Regierung bei?

Die ganze Angelegenheit ist mir völlig unverständlich. In ihrem Wahlprogramm erklärt die Religiös-Nationale Partei ausdrücklich:

— der religiöse und historische Anspruch des Volkes Israel auf das vom Gotte Israel verheissene Land als grundlegendes Prinzip für Friedensverhandlungen;

— die Partei wird in landwirtschaftlichen und städtischen Ansiedlungen grossen Umfanges in den befreiten Gebieten weiter tätig sei:

— die Partei wird danach sehen, dass im Staate Israel kein Gesetz verfügt wird, welches dem Gesetze der Torah widerspricht.

Vorgebens versuche ich die Angelegenheit zu analysieren:

— Falls die Religiös-Nationale Partei zu ihrem Wahlprogramme steht, und die Regierungspartei auch, so ist eine Koalition unmöglich;

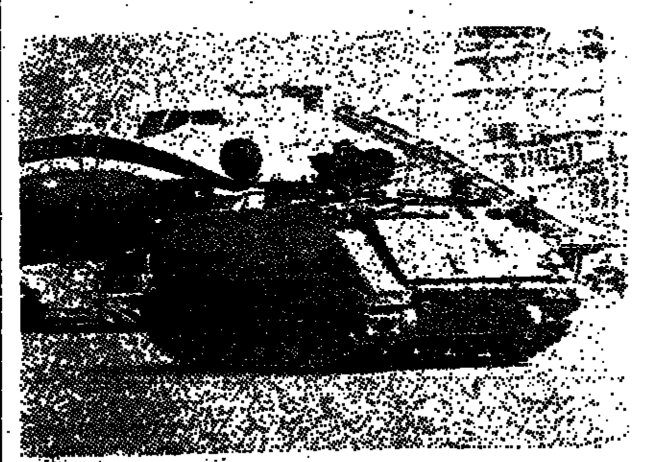
— falls die Religiös-Nationale Partei zu ihrem Wahlprogramme steht, aber die Regierungspartei nicht, so haben wir eine Regierung, welche nicht das Vertrauen des Volkes verdient;

— Falls die Religiös-Nationale Partei nicht zu ihrem Wahlprogramm steht: was für eine Regierung ist das, welche einen Partner aufnimmt der fähig ist, seine basischen Ideen (mit denen er die Wähler herbeigelockt hat) zu verraten?!

Die Möglichkeit, dass General Rabin nicht Wahlprogramme lesen kann, ist unwahrscheinlich. Sehen wir ihn doch öfters im Fernsehen mit Brillen bewaffnet. Die ganze Angelegenheit ist mir völlig unverständlich.

Dr. Herbert Cohn. Aschdod

Angst vor neuen Terroranschlaegen der Palaestinenser



Nachdem amerikanische Zeitschriften einen angeblichen Bericht des amerikanischen Luftamtes FAA über die Gefährdung der Flughäfen durch Terroranschläge veröffentlicht haben, steigt vor allem in Europa die Angst vor den Palästinensern. Auch ein offizielles Dementi aus Washington, indem die US-Regierung erklären liess, ein solcher FAA-Bericht existiere gar nicht, konnte die Gemüter nicht beruhigen. Die zuständigen Behörden der Schweiz zum Beispiel glauben durchaus an die besondere Gefährdung ihrer Flughäfen infolge der geplanten neuen Runde der Genfer Nahostkonferenz. Daher verstärkten sie ihre schon bis anhin überdurchschnittlichen Sicherheitsmassnahmen in Genf-Cointrin und Zürich-Kloten, sodass die schweizerischen Flughäfen jetzt, wie unser Bild zeigt, eher strategisch wichtigen Festungen einer Militärdiktatur, denn zivilen Umsteige- und Umladeplätzen inmitten eines friedlichen Landes ähneln.

Jüdisches LEBEN in unserer ZEIT

Wird ein Jude britischer Schattenpremier?

Von A. C. LANDSMANN

Die britischen Konservativen haben die allgemein erwartete Wahlniederlage erlitten und ihr Parteivorsitzender, der ehemalige Premierminister Edward Heath, sitzt seither auf einem Schleudersitz. Mehr als zwei Wahlniederlagen überlebt ein Chef einer der beiden grossen britischen Parteien in der Regel nicht. Demzufolge scheint Heath' Ablösung nur eine Frage der Zeit zu sein.

Potentieller Nachfolger Nummer 1 ist ohne Zweifel der als damaliger Nordirland-Minister berühmt gewordene William Whitelaw, während an zweiter Stelle der Innenminister von



Sir Keith Joseph
Fehlstart im Nachfolgerrennen wegen eines Tritts ins Fettnäpfchen.

Heath' Schattenkabinett, Sir Keith Joseph, zu nennen ist. Doch steht bereits heute fest, dass Heath keineswegs gewillt ist, seine Position kampflos zu räumen, denn sonst hätte er dies ohne Zweifel bereits in der Wahlnacht getan.

Letztes Wochenende nun konnte er zwei wichtige Pluspunkte auf seinem Konto verbuchen, die, wenn sie nicht sein Verbleiben im Amt ermöglichen, doch zumindest bewirken, dass er wenigstens noch einige Monate Schattenpremier bleibt. Erster Pluspunkt ist die Loyalitätserklärung von Whitelaw, der sich entschlossen an Heaht' Seite gestellt hat. Der andere, von diesem sicher ungewollte Pluspunkt ist die Reaktion der britischen Oeffentlichkeit auf eine Rede von Sir Keith Joseph, die dieser selbst als „naiv" bezeichnet und zugegeben hat, einen Fehler begangen zu haben.

Sir Keith Joseph, der überzeugter Jude, noch überzeugterer Israelfreund und Führer des konservativen Flügels der Konservativen ist, hat sich in seiner Rede in Birmingham einen Lapsus erlaubt, der seine Chancen, Heath' Nachfolger als Schattenpremier zu werden, ziemlich verkleinert hat. Was so etwas wie ein Signal für seinen Anspruch auf die Parteiführung werden sollte(was er inzwischen als schlauer Taktiker natürlich bestreitet) ist zu einem Bumerang geworden. Joseph bemüht sich inzwischen zwar „Missinterpretationen" seiner Rede abzuwehren und richtigzustellen, doch unbestritten bleibt, dass er in einer Bilanz des Wahlkampfes festgehalten hat, dass es falsch gewesen sei, von der wirtschaftlichen Misere zu sprechen und nicht von den sittlichen Werten und sich dabei für eine Geburtenkontrolle besonders für Frauen niedriger sozialer Schichten ausgesprochen hatte. Joseph leistete sich den Lapsus, aus der Fruchtbarkeit dieser Frauen eine „Gefahr der Degeneration der Nation" abzuleiten. Labour-Politiker warfen ihm daraufhin vor, er wolle durch Auslese ein „Herrenvolk" züchten.

Es ist für seine Bekannten schwer verständlich, wie dem hochintelligenten Juristen mit erstklassigen Studienabschlüssen in Harrow und Oxford ein solcher Ausrutscher passieren konnte. Joseph ist mit seinen 56 Jahren kein unerfahrener Politiker mehr, da er immerhin schon 18 Jahre im Parlament sitzt und bereits unter Harold McMillan dem Kabinett angehörte und in der Regierung Heath als Sozialminister diente. Vermutlich trifft bei ihm das zu, was ihm ein Kommentator vorwarf, nämlich er sei „besessen vom Kampf um die Führung" und Besessenheit, so der Journalist, könne schliesslich auch kühle Köpfe verwirren.

Nicht nur die politischen Gegner liessen sich diese Gelegenheit zu einem massiven Angriff nicht entgehen, auch seine politischen Freunde auf dem äussersten rechten Flügel der Konservativen äusserten inzwischen Zweifel an Josephs Urteilsvermögen. Am weitesten ging allerdings der seinen Ansichten diametral gegenüberstehende Führer der mächtigen Transportarbeitergewerkschaft, der dem Juden Joseph einen Vorwurf an den Kopf schleuderte, der an Geschmacklosigkeit durchaus mit dessen eigener Bemerkung aufnehmen kann. Gewerkschaftsboss Jack Jones warf Joseph vor, seine Worte seien „sehr typisch für die Gedanken, die Hitler in „Mein Kampf" ausdrückte."

Freie Tribüne

Das Uebel der Nachhilfestunden

Wenn ein Kind in der Schule versagt, so bestellen die Eltern oft einen Nachhilfelehrer und müssen viel Geld bezahlen. Es gab daher gelegentlich heftige Diskussionen, die unerfreulich für Lehrer waren. Sie verteidigten ihren Stand damit, dass man hier einen Einzelfall verallgemeinert habe. Sie verwiesen darauf, dass den Eltern durchaus die Möglichkeit gegeben ist sich zur Wehr zu setzen und dabei Erfolg erzielen werden, wenn es sich um berechtigte Klagen handelte. Die Schulbehörden schwiegen, denn sie hatten keine Ahnung über Umfang und Form dieser Erscheinung. Das war etwas beschämend. Der Erziehungsminister erbat daher beim Institut für praktische Gesellschaftsforschung in Jerusalem eine Untersuchung über Privatstunden für Schüler zwischen 11 und 18 Jahren, also die Klassen 6 bis 12. Nur das vergangene Schuljahr wurde untersucht.

Man liess Eltern einen detaillierten Fragebogen beantworten und wertete die Antworten statistisch aus. Ungefähr 20% aller Schüler erhielten Privatstunden. Allerdings nur 1/4 dieser Kinder wurde regelmässig während des ganzen Schuljahrs durch den Lehrer betreut. Bei den anderen 3 Vierteln waren es besondere Anlässe und es geschah oft nur für kurze Zeit. Die Anlässe waren: Schlussprüfungen im letzten Schuljahrsdrittel. Prüfungen am Ende der Sommerferien, um in die neue Klasse versetzt zu werden. Beseitigung von Lücken, die durch Krankheit oder Umschulung verursacht wurden.

Bei den Nachhilfefächern gibt uns der Bericht in Zahlen. was das Publikum bereits wusste. Die Mathematik schreitet an der Spitze mit 53% aller Privatstunden. Dann folgt Englisch mit 32%. Für alle anderen Fächer zusammen bleiben nur 15%. Ein Kind, das bei einem Kapitel Jesaia fehlte, kann durchaus das nächste Kapitel verstehen. Da sind Privatstunden überflüssig. Leider gilt dies nicht für Englisch und Mathematik. Den Befragten war augenscheinlich auch klar, dass diesen 2 Fächern gemeinsam ist, dass sie für einen Lernerfolg an einer Höheren Lehranstalt (Universität) notwendig sind. Immer mehr Wissenschaften sind auf mathematischen Grundlagen aufgebaut. Die Quellen sind englisch und es gibt nur wenige hebräische Uebersetzungen.

Wie hoch sind die Ausgaben für Privatstunden? Hätte man direkt nach den Kosten gefragt, so hätten Eltern geschwiegen oder falsche Angaben gemacht. Man wählte daher eine unverfängliche Formulierung. Dein Kind braucht Hilfe, um nicht sitzen zu bleiben. Warum hast Du trotzdem keinen Lehrer bestellt? Ungefähr die Hälfte begründete dies mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten. 20% bemühte Verwandte oder Bekannte, die die Hilfsfunktionen umsonst übernahmen. Nur 10% waren prinzipiell gegen Privatstunden.

Wie fand man den Privatlehrer? Nur 32% haben sich von der Schule diese Hilfskraft vorschlagen lassen. Meist hat man bei Bekannten von einem tüchtigen Lehrer gehört oder Zufälle entschieden. Wenn Eltern oder Geschwister zu dieser Hilfe fähig waren, so war dies oft eine geglückte Wahl.

Spricht man mit einem älteren Universitätsdozenten über die Leistungen des Tichons, so hört man bittere Klagen über einen allmählichen, aber sehr fühlbaren Leistungsrückgang. Unsere Kinder sind bestimmt nicht dümmer geworden. Man hört Ursachen, die meistens in der Presse positiv gewertet wurden. Von seinem 1. Schultag bis zu den Abschlussprüfungen werden an unseren Kindern Reformen ausprobiert, besonders im Rechenunterricht. Die Absichten der Reformatoren sind edel, obwohl die Begründungen selten überzeugen. Aber das Kind hat auf seinem dornenvollen Schulweg viele Reformen zu erdulden, deren Tendenzen entgegengesetzt sind. Die Folgen sind Verwirrung und nicht Fortschritt. Das Abitur in seiner heutigen Form ist für die Universität fast wertlos geworden. Seine Abschaffung wäre ein Segen. Wenn schon Gottes Mühlen langsam mahlen, so ist die Arbeitsgeschwindigkeit der Bürokratie leider noch geringer.

Schlomo Stein (Jerusalem)



ERWEITERUNG DES HAFENS VON ASCHDOD

Im Moment sind grosse Erweiterungsarbeiten im Hafen von Aschdod im Gange, um diesen an sich modernen Hafen an die neuesten Zeiterfordernisse anzupassen. Ein neuer Kai für Container soll angelegt werden, damit der Hafen von Aschdod auch alle Aufgaben des Container-Zeitalters erfüllen kann.

Der Kampf gegen «Spekulanten» und was dahinter steht

Von
ALEKSANDER KLUGMAN

Im März 1974 erschienen an den Mauern von Frankfurt am Main auffallende Plakate: „Gesucht: ......" Dieser angebliche Fahndungsbrief trug die Unterschrift: „Der leitende Staatsanwalt beim Landesgericht Frankfurt". Sowohl der „Fahndungsbrief" als auch die Unterschrift waren gefälscht. Der Polizei ist es allerdings nicht gelungen, die Täter zu erwischen.

Der „Fahndungsbrief" gab 35 Namen von frankfurter Bauunternehmern an, denen „Spekulation" vorgeworfen wurde. Im Stadtviertel Westend haben sie, wie gesagt wird, alte, baufällige Häuser gekauft, um sie niederzureissen und an deren Stelle neue und moderne Gebäude zu errichten.

Die ganze Angelegenheit wäre vielleicht nicht erwähnenswert, seltsam jedoch und sicher nicht

Blick über die Grenzen

zufällig, enthielt die Liste der 'Spekulanten' ausschliesslich Juden, während es bei den frankfurter Bauunternehmern durchaus nicht an Ariern reinen Blutes fehlt, welche den strengsten Kriterien der hitlerischen Rassengesetze entsprechen könnten.

Worum geht es also?

* *

Die Dokumetatiosabteilung der Staadtbibliothek Frankfurt ist musterhaft geführt und nach drei Minuten erhalte ich die Zeitungen mit den Artikeln, welche in dem „Krieg gegen die Spekulaten" in der deutschen Presse im Verlauf des letzten Jahres erschienen sind. Genaues Studium dieses Materials, ergänzt durch Gespräche mit beteiligten Personen — nicht allein Juden — lässt hinter die Kulissen einer der schändlichsten Affären Frankfurts blicken.

Beginnen wir am wahren Anfang.

Zu Beginn der sechziger Jahre hat die damalige Stadtverwaltung von Frankfurt — unter dem inzwischen verstorbenen OberbürgermeisterBokelmann eine Gruppe jüdischer Bauunternehmer um Hilfe bei der Umgestaltung der Stadt in ein grosses internationales Handelszeuntrum gebeten. Die Stadtväter waren sich der grossen Möglichkeiten eben der Juden dank ihrer Kontakte bewusst und sie wandten sich an sie, um diese Kontakte zugunsten der Stadt auszunutzen.

Die Juden nahmen den Vorschlag an. Dank ihrer Bemühungen haben grosse internationale Handelsgesellschaften und Banken ihre Sitze nach Frankfurt übertragen, wo jüdische Bauunternehmer ihnen entsprechende supermoderne Verwaltungsgebäude errichteten. Frankfurt erlebte einen gewaltigen Aufschwung und überholte andere wesentliche deutsche Städte. In die Stadtkasse strömen jeden Monat ziemlich grosse Geldsummen, die von diesen Firmen als Steuergelder eingezahlt werden.

* *

Frankfurt besitzt keinen Urbanisationsplan. Deswegen muss jeder Bauunternehmer, der an irgend einem Punkt der Stadt eine Parzelle erwirbt, in der Stadtverwaltung Auskunft bekommen, was ihm erlaubt sei dort zu bauen. Anhand dieser Informationen startete er entweder mit dem Bau oder sah vom Erwerb der Parzelle ab. Da die Stadt an der Entwicklung des Bauwesens interessiert war, wurden alle nötigen Informationen gern und viele Lizenzen schnell und ohne bürokratischen Zeitverlust erteilt.

Dank rapider Bauentwicklung — bei eminentem Anteil jüdischer Initiative entstanden in der Stadt in kurzer Zeit Dutzende neue Gebäude, sowohl Büro— wie auch Wohnhäuser. Westend, ehemaliges jüdisches Wohnviertel, gehörte zu den Stadtteilen, in denen sich das neue Bauwesen konzentrierte. Häuser und Grundstücke jüdischer Besitzer wurden dort in der Hitlerzeit „legal" enteignet, indem man die Juden zum Verkauf ihrer Immobilien für ein paar Groschen gezwungen hatte. So wurde ein grosses Haus für... DM 2 verkauft, ein grosses Grundstück... für 50 Pfennige. De facto war es brutaler Raub des jüdischen Besitzes, formell sind es „freiwillige Handelstransaktionen" gewesen.

Es gab Fälle, bei denen nach dem Kriege die durch Wunder Geretteten aus Hitlers Folterkammern zurückkehrten und diese „Verkäufer" auf dem Gerichtswege die Nichtigkeitserklärung der erzwungenen Transaktionen verlangten. In solchen Fällen zogen es die Erwerber vor, rasch und in aller Stille den Unterschied zwischen dem damals bezahlten und dem tatsächlichen Preis zu zahlen, um einen öffentlichen Skandal zu vermeiden. Jedenfalls hat die Angst vor dem Erscheinen eines lebend gebliebenen ehemaligen „Verkäufers" verursacht, dass viele Deutsche es vorzogen, sich des einst für Spottgeld erworbenen jüdischen Eigentums schnellstens zu entledigen. Die „Bau-Prosperity" gab dazu eine ausgezeichnete Gelegenheit.

* *

Vor sechs oder sieben Jahren kam es in Deutschland zum Regierungswechsel, die Sozialdemokraten wurden die stärkste Partei. In Hessen regierten auch schon früher die Sozialdemokraten; nun kamen aber immer mehr die radikalen, äusserst linken Elemente in dieser Partei zu Wort. Die Parolen und Methoden ihres Klassenkampfes stammen aus der Schatzkiste der grossen Erfahrungen der kommunistischen Staaten. Die gemässigten Elemente der sozialdemokratischen Partei bemühen sich, die „revolutionäre Vergalloppierung" ihrer jungen Genossen zu bremsen. Allerdings, um dabei ein wenig Erfolg zu haben, müssen sie hie und da nachgeben und den Wählern etwas zum Frass hinwerfen. So wurde die Wahl getroffen: die Juden — genau gesagt die „jüdischen Spekulanten", die sich bereichern — neue Häuser anstelle alter Ruinen bauend — waren ein willkommenes Opfer. Deshalb kam nun dieser „Fahndungsbrief" mit den Namen der 35 jüdischen Bauunternehmer. Die Tatsache allein, dass auf diesem Plakat nicht ein einziger Name eines Nichtjuden zu sehen war, zeugt für das wahre Ziel dieses Unternehmens.

Es blieb jedoch nicht nur bei dem Plakat und der erneuten antisemitischen Hetze — u. dies gerade inDeutschland : Die Vertreter der revolutionären sozialistischen Linken haben einige Stellungen in der Stadtverwaltung besetzt und traten zur stillen, aber entschlossenen Enteignung des jüdischen Besitzes in dieser Stadt an. Und — ähnlich wie ihre Vorgänger vor 40 Jahren — beschlossen sie, alles „legal", gestützt auf Recht und Vorschriften, durchzuführen.

* *

Wie geschrieben hat Frankfurt keine Urbanisationspläne. Dit Stadtverwaltung kann von sich selbst aus die Bestimmung und Planung der einzelnen wohnviertel sogar d. einzelnen Plätze, ändern. Diese Tatsache dient nun als ausgezeichnete „Klassenkampfweise" gegen die „jüdischen Blutsauger". Statt förmliche Enteignung oder Beschlagnahme anzuwenden, was in der freien deutschen Wirtschaft unmöglich ist, wurde zu raffinierteren, dennoch genau so wirksamen Methoden gegriffen. Ein jüdisches Bauunternehmen erbittet Information, was auf der oder jener Parzelle zu bauen erlaubt ist. Die entsprechende Abteilung der Stadtverwaltung erteilt Auskunft dass auf dem gegebenen Grundstück ein hohes Verwaltungsgebäude von so und sovielen Kubikmetern gebaut werden darf. Laut dieser, oft schriftlich erteilten Auskunft, kauft der Unternehmer das Grundstück, zahlt einen hohen Preis gemäss dem Werte des Platzes, manchmal nimmt er eine Bankanleihe auf, arbeitet Baupläne aus und reicht sie zur Bestätigung ein. Früher war es eine Sache von ein paar Tagen, heute zieht sich die Prozedur jahrelang hin. Inzwischen müssen der Bank Prozente für die Anleihe gezahlt werden.

Damit ist die Sache aber noch nicht zu Ende. Plötzlich, ohne Logik und Begründung, wird der Bauplan verworfen. Statt ein Bürogebäude zu errichten, wie es vereinbart war, will die Stadtverwaltung auf diesem Grundstück ein Wohnhaus bauen. Es ist klar, dass der Bauunternehmer dadurch ruiniert wird, weil der Wert des Grundstücks gleichzeitig zehnmal niedriger ist und sich der Bau nicht mehr lohnt. Dabei hat diese Veränderung der Baupläne den Charakter einer Schikane, weil es auf derselben Strasse viele Verwaltungsgebäu-

(Fortsetzung auf S. 5)

ABRECHNUNG MIT DE[M] OBRISTENREGIME IN ATH[EN]

In Athen ist Anklage gegen den früheren Diktator Papadopoulos, den ehemaligen Chef der Militärpolizei (ESA), Brigadegeneral Ioannidis, und den seinerzeitigen Leiter des Geheimdienstes (KYP), Generalmajor Roufogalis, erhoben worden. Die strafrechtliche Verfolgung bezieht sich auf Delikte, die im Zusammenhang mit der blutigen Niederschlagung des studentischen Aufstandes im Athener Polytechnikum im November 1973 begangen worden sind. Den genannten Junta-Mitgliedern wird unter anderem Anstiftung zu vorsätzlicher Tötung und gefährlicher Körperverletzung vorgeworfen. Infolge des brutalen Vorgehens der Armee und der Sicherheitskräfte der Diktatur gegen die Studentenschaft wurden damals, wie die Voruntersuchung ergeben hat, *mindestens 30 Personen getötet* und rund 2000 verletzt. Ausser den genannten Führern der „Revolution vom 21. April 1967" müssen 24 weitere hohe Funktionäre des Militärregimes mit einem Strafverfahren in dieser Angelegenheit rechnen.

EIN WAHLSLOGAN

Mit der Einleitung dieses Strafverfahrens ist ein wichtiger Schritt in der Richtung der „Katharsis" getan, die in der griechischen Oeffentlichkeit seit dem Regimewechsel vom 23. Juli dieses Jahres mit Nachdruck verlangt wird. Die Forderung nach Bestrafung der Verantwortlichen für die Unterdrückung des Volkes in der Zeit der Diktatur spielt auch im Rahmen der gegenwärtig auf hohen Touren laufenden Wahlkampagne eine nicht zu unterschätzende Rolle. So hat zum Beispiel der Führer der „Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok)", Andreas Papandreou, in Patras anlässlich einer Wahlkundgebung die Regierung Karamanlis beschuldigt, die Junta-Mitglieder „praktisch amnestiert" zu haben.

Die Erhebung des „Katharsis"-Postulates zur weltpolitischen Losung bringt für die Regierung Karamanlis Schwierigkeiten mit sich, von deren Bewältigung in hohem Masse der Ausgang der Parlamentswahlen vom 17. November abhängt. Es besteht kein Zweifel, dass der Regierungschef und seine engsten Mitarbeiter die moralische Berechtigung der Forderung nach Bestrafung vollumfänglich bejahen. Die „Katharsis" stellt jedoch nicht nur ein moralisches Problem dar, sondern auch ein solches der politischen Opportunität. Als verantwortlicher Regierungschef muss Karamanlis *dabei nicht nur ethische*, sondern auch machtpolitische Momente berücksichtigen, die damit zussammenhängen, dass die Ablösung des Militärregimes durch das zivile „Kabinett der Nationalen Einheit" nicht durch eine Liquidierung des Unterdrückungsapparates der Junta erfo't ist. Aus diesem Grunde sieht sich der Ministerpräsident gezwungen, bei der „Bewältigung der Vergangenheit" behutsam zu operieren, um einen Rückfall in die Diktatur zu vermeiden.

GEMEINE DELIKTE

Das eingeleitete Verfahren gegen Junta-Mitglieder wickelt sich im Rahmen des ordentlichen Strafgesetzes ab. Es betrifft gemeine Delikte, die an und für sich mit der Zerschlagung der parlamentarischen Demokratie und mit der Errichtung eines Diktaturregimes formalrechtlich gesehen nichts zu tun haben. Wird es darüber hinaus zu einem Verfahren wegen [...] zung der demokratische[n ...] sung von 1952 und [...] wegen Missachtung d[er ...] kratischen Legalität [...] Wie weit wird man in [...] ler Hinsicht bei einer [...] Einleitung derartiger [...] se gehen? Wird die ge[...] Abklärung der strafr[...] Verantwortung der [...] auch das Zypernabent[euer der] Junta erfassen? Diese [...] lassen sich im Augenbl[ick nicht] mit Bestimmtheit bea[ntworten]. In der griechischen Oe[ffentlich]keit herrscht die Ueber[zeugung], dass eine durchwegs [...] gende Lösung des „K[atharsis]-Problems zu den Aufg[aben der] Regierung gehöre, die [aus den] Wahlen hervorgehen w[ird].

VERBRENNUN[G] VON BUECHE[RN] AUS DER DIKTAT[UR]

In der Athener Mü[...] wurden Tausende von [...] Schriften und Symbolen [aus der] Zeit der Junta-Diktat[ur ver]brannt. Als erstes seh[...] Müllarbeiter Exemplare [...] bändigen Werkes „Ich [...] von Papadopoulos in [...] Opfer der Flammen wu[rden ...] ner Schulbücher, in de[nen der] Militärputsch und seine [...] ren gewürdigt werden, u[nd Hun]derte von Tafeln mit de[m Sym]bol der Junta, einem [...] Asche aufsteigenden Phö[nix hin]ter einem Soldaten.

CHRO[...] [...]er Karm[...] [...]aron für ei[...]



186.

Das waren seine letzten Worte. Im nächsten Augenblick sah Irene, die im Wagen geblieben war, Manuel zwei Schritte nach vorn stolpern und dann fallen. Von jähem Entsetzen gepackt beobachtete sie, dass aus der rechten Schläfe seines Kopfes plötzlich Blut über die Eiskruste der Allee schoss, über den Schnee.

„Manuel!" schrie Irene.

Sie sprang ins Freie und rannte zu ihm. Die Blutlache um seinen Schädel wurde rasend schnell grösser. Irene kniete neben dem Gestürzten nieder. Ihre Stiefel, ihr Mantel, ihre Hände färbten sich rot, als sie sich verzweifelt bemühte, Manuel auf den Rücken zu drehen. Aus einer grossen Wunde an der rechten Stirnseite des Leblosen strömte Blut, Blut, grässlich viel Blut.

Irene war es unmöglich, aufzuspringen, davonzurennen, zu schreien. Zu sehr hielt das Grauen sie gepackt.

„Manuel", stammelte sie. „Mein Gott, Manuel . . ."

Die Maschine heulte und kreischte. Sie jaulte und donnerte und schien jeden Moment explodieren zu wollen. Ein Schatten streifte Irene gleich dem des Todesengels. Unendlich lagsam hob sie den Kopf. Direkt über der Allee flog nun, in einem strahlend blauen Himmel, die Boeing, vier Rauchspuren ihrer Düsenaggregate hinter sich herziehend. Der Höllenlärm erreichte seinen Höhepunkt. Die Erde bebte. Irene senkte den Kopf, zögernd, ruckweise. Dabei erblickte sie mit tränenerfüllten Augen vor den violetten, schwarzen und grauen Wolkenwänden des abziehenden Gewitters, das noch im Osten der Stadt wütete, sehr hoch, sehr weit gespannt, schimmernd und scheinbar zum Greifen nah, einen Regenbogen.

ENDE



Frauen im englischen Geheimdienst

Das schöne rothaarige Mädchen im grünen Abendkleid blickte ihrem Tänzer zärtlich in die Augen. Als seine Hände sich auf ihre verführerisch nackten Schultern verirrten, streifte sie mit ihren Lippen leicht seine Wange. „Ich habe dich lieb, du!" flüsterte sie.

Susan begann für den dicken, kleinen Mann wirklich etwas wie Zuneigung zu empfinden, aber sie wusste, dass solche Gefühle ihr nicht gestattet waren. Wenn sie *jetzt*, um zwei *Uhr früh in einem* luxuriösen Londoner Nachtlokal mit ihm tanzte und flirtete, so war das strikte Berufsarbeit . . .

Susan gehört zum Korps des MI 5, einer Abteilung des britischen Geheimdienstes, das ungefähr fünfzig sorgfältig geschulte und wunderhübsche junge Damen umfasst. Ihre Aufgabe besteht darin, Männer kennenzulernen und zu betören, die im Verdacht stehen, zugunsten ausländischer Mächte in England Spionage zu treiben. Gleichzeitig arbeiten die Mädchen selbst als Agentinnen, die fremden Diplomaten wertvolle Informationen entlocken.

Daneben treiben sich in den Londoner Nachtlokalen noch etwa hundert Mädchen herum, dem britischen Geheimdienst regelmässig Info[rma]tionen liefern, wenn sie auch nicht fest ange[stellt] sind. Di Meädchn vom MI 5 hingegen sind [regu]läre Beamtinnen des Geheimdienstes; es ist ihr [Be]ruf, für die Wahrung staatswichtiger Geheimniss[e zu] sorgen und anderseits möglichst viele Informati[onen] über die gheime Tätigkeit fremder Agnten zu s[am]meln.

Tagsüber arbeiten die jungen Beamtinnen an [ih]rem Schreibtisch im Hauptquartier des MI 5 [in] Maygair, dessen nähere Adresse geheimgehalten w[ird]. Sie studieren Photos und Berichte über die Män[ner], deren Beobachtung ihnen obliegt. Bei jedem ne[uen] Fall, der ihnen übertragen wird, gilt es zuerst, [sei]ne Lebensweise und Gewohnheiten zu erforsc[hen], um ihn dann „zufällig" kennenzulernen. Dies [ge]schieht meist bei einer privaten Party oder anl[äss]lich der vorgeschützten Berufstätigkeit der Agen[tin]nen. Sie geben sich als Stenotypistinnen oder Se[kre]tärinnen aus, oft auch als Töchter reicher In[du]strieller, die das Londoner Gesellschaftsleben [...] machen, oder auch — was der Wahrheit ziem[lich] nahe kommt — als Staatsbeamtinnen mit einem [in]teressanten Tätigkeitsgebiet.

Die junge Agentin wird genau instruiert, in w[el]che *Richtung sie das Gespräch zu lenken und* welche Gegenstände sie ihre Aufmerksamkeit v[or]züglich zu richten hat, um Wesentliches zu erf[ah]ren. Die diplomatischen Vertreter der kommuni[sti]schen Länder sind von ihren Regierungen angew[ie]sen, möglichst ungezwungen und engen Kontakt [mit] den Einwohnern der westlichen Länder, Männer [und] Frauen, zu pflegen, um recht vielseitige Informat[io]nen aus ihnen herauszuholen. Manchmal wirkt d[ie]ses Prinzip allerdings, wie sie aus mancher bitter[en] Erfahrung gelernt haben, als Bumerang, der si[ch] schliesslich gegen sie selber wendet.

Die Tatsachen beweisen, dass die Gesellscha[ft] eines entgegenkommenden attraktiven Mädchens d[as] Misstrauen des gewitztesten Berufsagenten einz[u]schläfern vermag. Wenn sie ihr Handwerk versteh[t], weiss sie ihn mit scheinbarer Naivität zu dies[er] und jener Aeusserung zu veranlassen, die sich a[ls] unschätzbar wertvolle Information erweisen kann.

In Ausübung ihres Dienstes dürfen die jungen Da[]men sich bis knapp an den Rand des „Erlaubten" locken lassen, aber man warn tsie eindringlichst da[]vor, weiter zu gehen, ausser in Fällen, in denen sic[h] eine starke Bindung entwickelt hat, die die Preis[]gabe ganz ausserordentlich wichtiger Mitteilunge[n] erwarten lässt. Und dann geschieht der letzte Schrit[t] nur mit ausdrücklicher Genehmigung des „Chefs" — und selbstverständlich nur, wenn die junge Dame selbst damit einverstanden ist.

(Fortsetzung folgt)

CHRONIK der Karmelstadt

Arik Scharon für eine starke Regierung

Von ALICE SCHWARZ

…ine Rekordzahl von Besu-…n strömte dieser Tage ins …s der Ingenieure in Haifa, … MdK Arik Scharon spre-… zu hören. Sind sonst ge-…nlich 150 Personen anwe-… um dem jeweiligen Gast …er alle vierzehn Tage zu …hen, so kam diesmal die …elte Anzahl — und dies, …hl die Veranstalter in wei-…Voraussicht diesmal nur Mit-…er des Verbandes der In-…ieure und Architekten (sowie …evertreter) zuliessen. „Cha-…" scheint eben doch stark …gt.

…iel Scharon konnte aller-… seine Zuhörer nicht mit …n Prophezeihungen erfreu-…r warnte vor einem mögli-… Krieg, da seiner Ansicht … der Jom Kippur-Krieg noch … beendet ist. Wenn der …f wiederaufgenommen wer-…ollte, so könne und müsse …rmee bereit sein, einen kla-…nd entscheidenden Sieg zu …ten. Dies muss geschehen, … die Grossmächte sich ein-…n können.

… diesem Zweck müsste die … ihr „brillantes und un-…ntionelles strategisches …n" wiederbeleben, das sich … Vergangenheit so gut be-…hat. Auf diese Weise wür-…ir in der Lage sein, die …hen Massen zu überwäl-…nd den „Preis" an eigenen …ten zu verkleinern.

…h sein politisches Kredo … Ariel Scharon zu skizzie-…r verurteilte den Eintritt …P in die Regierung, weil …die Möglichkeit einer Re-… der nationalen Einheit …te Ferne rücke." Israel …e heute eine starke Regie-…nd eine längere Periode …litischen Bürgerfriedens; …r könne nur durch eine …ng aller zionistischen Par-… Parlament gewährleistet

…NGER „ZU KLUG"…

…eginn seiner Ausführun-…hm MdK Ariel Scharon … zur aussenpolitischen Si-… Er findet, dass wir an …ischen Grenze keinerlei … Gebiete abtreten kön-…d hätte es vorgezogen, …ie bereits geleisteten Ver-…n „zwei Phasen" erfolgt … Dann hätte man ein …and gehabt, worüber sich …deln" und feilschen … Im Sinai gebe es … Verhandlungsmöglichkei-…ch sei es „eine Naivität …en, dass die Ägypter ein …bkommen mit Israel …e Syrier (und ohne die …gung von deren Wün-… treffen werden".

…sfalls sollten wir auf …quellen verzichten und …s im Falle eines Frie-…kommens den Aegyptern …ahlung für das Erdöl …

… amerikanischen Aussen-… Henry Kissinger bezeich-…aron als „zu klug und …ell für unsere Bedürf-… Im Grunde sei Kissin-…itik nicht sehr von der …les früheren Aussenmi-…ogers zu unterscheiden. …elische Regierung habe … „weichen" Stand ge-… Dr. Kissinger bezogen …e sich ruhig etwas här-…alten sollen.

… Vergangenheit hätten … gerade dann höchst frei-…affen geliefert, als Is-… am energischesten dem …lan widersetzte. Auch …e Israel eine viel ener-… Sprache sprechen und …ger seinen Standpunkt … denn die Amerikaner …s keineswegs auf Grund …imenten. Vielmehr sei … einzige übriggebliebene …e Option für Ameri-…kas Globalpolitik im Nahen Osten.

Während seiner kürzlichen Amerika-Reise hat Ariel Scharon festgestellt, dass unsere Freunde *angesichts unserer scheinbar „defaitistischen Haltung"* besorgt sind. Die amerikanische Luftbrücke im Jom Kippur-Krieg habe uns nicht *„gerettet"*, und wir



MdK Ariel Scharon: Für „harte Haltung" gegenüber Kissinger

dürften die Dinge nicht so hinstellen, als ob wir von **„täglicher Hilfe aus den USA abhängig"** seien. Das ist nicht der Fall und könne unsere Position in den USA nur schwächen.

Trotz den Verlusten im Jom Kippur-Krieg, trotz der Tragödie des Todes so vieler Soldaten sei Israels Situation von 1973 nicht mit der Lage von 1948 zu vergleichen gewesen. Damals war die Bedrohung weitaus grösser, ohne dass das Volk die Zuversicht verlor.

MdK Scharon forderte weiter eine viel engere Zusammenarbeit mit dem jüdischen Volk in aller Welt, als dessen Brückenkopf wir uns ansehen müssen. Die Juden der Diaspora sind schliesslich auch **ein politischer Faktor** in der Welt, und nicht nur eine *Geldquelle* für Israel.

TECHNION ERHALT RIESENCOMPUTER

Ein neuer IBM-Computer 370/168, der grösste im Lande, wurde kürzlich vom Haifaer Technion in Betrieb genommen. Die hochverfeinerte Anlage wird sowohl für Forschungs- als auch für Lehrzwecke dienen und bedeutet für die Haifaer Hochschule einen weiteren erheblichen Fortschritt.

Mit Stolz konnte das Technion dieser Tage auch melden, dass dem Dekan der Fakultät für Chemie-Ingenieure eine international wichtige Ehrung zuteil wurde. **Prof. Samuel Seidman** wurde als Israels Repräsentant zur Internationalen Konferenz für Hitzen-Masse-Transfer delegiert.

Die Konferenz mit dem für Laien schwerverständlichen Namen ist die Jahrestagung einer weltweiten Organisation, in der die neuesten Informationen über Energie-Sparmassnahmen ausgetauscht werden. Die Vereinigung arbeitet eng mit der zuständigen Kommission der UNESCO zusammen und hat ein von der UNO finanziertes Symposion **über die Suche nach „Alternativ-Energiequellen anstelle des Erdöls"** organisiert. Dieses Sympo*sion findet im nächsten Sommer in Jugoslawien* statt.

Israel ist zwar kein Erdöl-Land und auch keine industrielle Grossmacht, kann aber stolz darauf sein, in dieser Körperschaft zu sitzen. In ihr konnten bisher nur England, die USA, die UdSSR, die Bundesrepublik Deutschland, Japan, Jugoslawien und Kanada „Energiepolitik machen."

Die Empfehlung der Ko-Option Israels erging einstimmig bei der letzten Zusammenkunft der Körperschaft in Japan. Auch ein Professor der Tel Aviver Universität, Prof. S. Switzer von der Fakultät der Chemie-Ingenieure daselbst, vertrat Israel bei dieser Gelegenheit.

ERSTER DIREKTOR DES TECHNION — EINE LEGENDÄRE FIGUR

Dieser Tage starb in London der erste Direktor des Haifaer Technion, **Arthur Blok**, im biblischen Alter von 92 Jahren — eine wahrhaft legendäre Figur, die in die Geschichte der Hochschulentwicklung unseres Landes eingegangen ist.

Arthur Blok lebte ständig in England. Er war erster Direktor der damals einzigen technischen Hochschule von Erez Israel in den „Gründerjahren" 1924—25. Damals kam er eigens nach Palästina, um diesen Posten anzutreten, als die Hochschule ihre Tore öffnete und ihre erste Gruppe von Studenten d. Ingenieurik und Architektur aufnahm.

Die Schwierigkeiten waren *immens, doch Arthur Blok stellte* seine gesamten Kenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung, um dem Technion über die ersten schwierigen Kinderkrankheiten im Jahr der Entscheidung, dem 1. Jahr, zur Verfügung zu stellen. Danach setzte er seine Karriere als Staatsangestellter und Ingenieur in England fort.

All die Jahrzehnte hindurch, die seither vergingen, blieb Arthur Blok ein treuer Freund, und reiste Jahr für Jahr trotz seines Alters von England nach Haifa, um an den Kuratoriumssitzungen teilzunehmen. Er verlor nie seinen guten Humor, der ihm — neben seinem klaren Verstand — viele Bewunderer erworben hatte.

Arthur Blok hat, als Mitglied des Kuratoriums, der Haifaer Hochschule unschätzbare Dienste geleistet. In Anerkennung seiner Leistungen wurde er 1972 zum **Ehrendoktor** ernannt. In England war er viele Jahre lang aktives Mitglied der Britischen Technion-Gesellschaft.

Noch bei seinem letzten Besuch in Israel, im Juni 1974, widmete ihm die Hauszeitschrift des Technion ein langes, mit vielen Farbfotos illustriertes Interview. Dieser Artikel ist jetzt zu einem historischen Dokument geworden …

HAIFAER SYMPHONIE-ORCHESTER WIRD SANIERT

Nach vielen Jahren der Finanzmisere ist es jetzt endlich gelungen, dem **Haifaer Symphonie-Orchester** eine gesunde materielle Basis zu verschaffen. Von nun an wird das Orchester eine Institution der Haifaer Stadtverwaltung — und des **Erziehungsministeriums** sein. Durch diesen meisterhaften Schachzug wird dem Erziehungsministerium auch die Hälfte der Subventionen für die Symphoniker aufgebürdet. Eine dementsprechende Entscheidung fiel in einer der letzten Sitzungen der Stadtverwaltung — nicht ohne dass der Bürgermeister vorher die entsprechenden Fäden im Unterrichts- und Kulturministerium gezogen hätte …

Es wurde mit dem Ministe*rium ausgemacht, dass das Or*chester in diesem Jahre für seinen Etat (in der Höhe von IL 2 Millionen) **Subsidien in der Höhe von IL 1,5 Millionen erhält.** Davon zahlt die Hälfte die Haifaer Stadtverwaltung und die andere Hälfte das Ministerium. *Eine öffentliche Leitung* unter Teilnahme von Ministerialvertretern wird in Zukunft die Geschicke des Orchesters lenken.

In der gleichen Sitzung der Stadtleitung wurde auch beschlossen, die Summe von **IL 3 Millionen für die Vollendung des Rothschild-Auditoriums aufzuwerfen.** Bisher war es nämlich nicht möglich, in diesem Hause z. B. Opern aufzuführen, sehr zum Unwillen der Bewohner der Karmelstadt. Bürgermeister **Josef Almogi** erklärte, er würde nicht zusehen, wie das Auditorium **als lebloser „Golem" fast unbenützt dasteht.** Die zusätzlichen Verbesserungen sollen es ermöglichen, hier auch Kongresse und aufwendigere Theatervorstellungen zu veranstalten. Ein engeres Aktionskomitee soll die notwendigen Ergänzungsarbeiten feststellen.

aus unseren Galerien und Museen

Ein altbewährter Kuenstler aus dem Kibbutz

Ausstellung: Arjeh Seligfeld (Givat Brenner). Galerie „Hakibbuz", Tel Aviv. Dov Hos-Strasse 25.

Im Gästebuch der Kibbuz-Galerie lautet die Eintragung eines treuen Besuchers der Galerie zur Ausstellung von Arjeh Seligfeld. „Seit langer Zeit sieht man endlich wieder mal wahre Gemälde in diesen Räumen." Mit diesem Motto nehme ich das resumierende Urteil dieser Besprechung vorweg.

Arjeh Seligfeld, 1913 in Polen geboren, kam 1939 illegal ins Land und ist seitdem Mitglied des Kibbuz' Givat Brenner. Er ist Schüler von Saritzki, Steimatzki und Wechsler und absolvierte ein freies Lernjahr in Paris (Grande Chaumiere). Die offizielle Kritik stellt Arjeh Seligfeld das Zeugnis eines „Oman vatik". (eines alt(bewährten) Künstlers) aus. Seine erste Ausstellungsbeteiligung datiert vom Jahre 1954.

Die Ausstellung stellt zum grossen Teil den künstlerischen Niederschlag des vergangenen Krisenjahres 1973/1974 für Seligfeld dar. — mehr im Ausdruck als in der Thematik. — Die lebensfrohe und lebensbejahende Grundstimmung seiner Farben werden diesmal überdeckt von dem grau-grünen Schleier einer verdüsterten Umwelt, — — — und doch bricht immer wieder aus diesem Nebel die Farbe als Positives und Verheissendes hervor. Oft scheint sich das Abstrakte als figurative Darstellung herauszubilden, andererseits verflüchtet sich das Figurative wiederum ins Abstrakte. Im Finden dieser Synthese scheint der persönliche Ausdruck und die Originalität Seligfelds zu liegen.

Israel Schaal



Anfang November wird der bekannte Pantomime und Akrobat Dimitri wieder zu einer Israel-Tournee erwartet. Der Künstler hatte bereits früher im Lande erheblichen Erfolg.

Der Kampf gegen „Spekulanten"…

(Schluss von S. 4)

de gibt und kein einziges Wohnhaus. Auf den Grundstücken, die Nicht-Juden gehören, ist es erlaubt Bürohäuser zu bauen, nur auf den drei bis vier Grundstücken der Juden will die Stadtverwaltung nur Wohnhäuser gebaut sehen, obwohl es klar *ist, dass kein Mensch dort Woh*nungen kaufen oder mieten wird.

Es geht nur darum, um den jüdischen Unternehmer, den „Spekulanttn", zu ruinitren. Und um eine für diesen Feldzug entsprechende Atmosphäre zu schaffen, zeigen sich an den Stadtmauern gefälschte „Fahndungsbriefe" und einige Zeitungen schreiben über „Spekulanten" und erwähnen nur jüdische Namen. Falls der Beiname auch als deutsch gelten kann, wird der jüdische Vorname angegeben. Ein Kaufmann kann ein Deutscher oder eine Jude sein, heisst er jedoch mit dem Vornamen Chaim, weiss natürlich jeder, um wen es sich handelt.

Man kann natürlich Berufung einlegen und sich an das Gericht wenden, aber das dauert Jahre und gerade die Zeit ist Hauptwaffe in dem Kampf gegen die Juden. Je länger d. Bestätigungsprozedur für Baupläne verschleppt wird, desto mehr vergrössert sich für die jüdischen Firmen die Gefahr des Bankrotts. In einem solchen Falle wird man die Juden nicht allein der Spekulation, sondern auch der widerrechtlichen Besitzergreifung beschuldigen können. „Die Bankzinsen werden sie zugrunde richten", meinte zynisch einer der Veranstalter dieser unter der roten Kappe des „Klassenkampfes" geführten antijüdischen Hetze. Letztens hat die Angelegenheit ein derartiges *Aufsehen erregt, dass sich* sogar die israelische Botschaft in Bonn mit ihr befasste. Ob und wie dieses Problem gelöst werden kann, wird uns sicherlich die nahe Zukunft zeigen.

APOTHEKEN- UND AERZTEDIENST

TEL-AVIV

Dienstag, nachts bis 23.00 Uhr: Achad Haam 91, Tel. 285301. Kikar Hamedina, Tel. 258046.

Ramat Gan und Umgebung: *Giwataim Katzenelson 151.* Tel. 722271.

Bnei Brak: Pardes Katz. Jabotinsky 111

Petach Tikwa: Baron Hirsch 21

Herzlia u. Umgbung: Herzlia Pituach.

Natania: Herzl 24. Tel. 22243

Bat Jam: *Balfour 90.*

Cholon: Kikar Weizmann.

Beer Schewa: Schikun B. Bialik Nr. 5.

Haifa bis 21 Uhr: Alija 44, Tel. 522062 **Ab 21 Uhr MDA.** Tel. 51223. Kirjat Elieser.

ARZTENACHTDIENST

Dr. Har Even, Epsteinstr. 6, Tel. 44328.

Magen David Adom: Aerzte Nachtdienst T.A. Tel. 614333 oder 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

Kupat Cholim „Maccabi" **Arad:** MDA. Tel. 057-97222. — **Aschdod:** MDA, Tel. 22222. — **Bat Jam:** MDA, Tel. 863333. — **Cholon:** MDA, Tel. 843132. — **Gusch Dan:** MDA Ramat Gan, Hagilgalstr. 42, Tel. 781111. — ***Herzlia:*** *MDA, Tel. 981333.* — **Haifa:** MDA, Telefon 101. — **Jerusalem:** MDA, Telefon 101. — **Kirjat Ono:** MDA, Telefon 78111/2. — **Natania:** MDA, Tel. 23333. — **Petach Tikwa:** MDA, Tel. 912333. — **Rischon Lez'…:** MDA, Tel. 942333. — **Tel Aviv:** MDA, Tel. 101. — **Zfat:** MDA, Tel. 101.

Kupat Cholim Merkasit Tel Aviv-Jaffo: MDA, Mazestr. 13, Tel. 101, von 8.00 Uhr abds. bis 7 Uhr morgens, Dr. Watts, Allenbystr. 50, Tel. 53888 (um tagsüber): Dr. Marc Dona, Hachaschmonaim 4, Tel. 248228.

Kupat Cholim „Assaf", Tel Aviv, Tel. 101. **Gusch Dan**, Tel. 781111. **Bat Jam**, Tel. 863333. **Cholon:** Telefon 843133. **Haifa:** Allgemeiner u. Kinderarzt, Tel. 254530.

RADIO und FERNSEHEN

DIENSTAG 29.10.1974

Nachrichten: jede Stunde.

Programm A:

8.10 Musikalische Delikatessen— Purcell, Johann Christian Bach, Ravel; 9.05 Eine Stunde mit der Pianistin Felicia Blumenfeld — Beethoven, Chopin, *Faure, etc. 10.05 „Die Geschichte Ravels"* (zweite Folge) Edi Halpern; 11.00 Volkstümliches Hebräisch; 11.15 und 12.15 Programm für Schulen; 11.35 und 12.05 iLed und Chansons; 12.35 Chorgesänge (Paul Landau); 13.05 Mittagskonzert — Johann *Christoph Bach, Beethoven,* Ibert, Berio; 14.10 Für Mutter und Kind; 15.05 Radiowissen— Astrophysik; 15.30 Literatur der Fragen und Antworten; 15.50 Aus der Halacha; 16.10 Eine Minute Hebräisch; 16.11 Musik für die Jugend — Künstler und ihre Werke; 17.10 Jazzmusik; 17.500 „Enigma"— musikalischer Scherz; 18.05 Ueber Menschen und Zahlen; 18.55 Für den Landwirt; 19.25 Leichte klassische Musik; 19.50 Rezitation aus der Bibel; 20.05 Welt der Wissenschaft; 20.50 STEREO-Konzert des Jerusalemer Symphonieorchesters (Wiederholung) — Tonbandaufnahmen mit dem Dirigenten Lukas Foss— Copland, Mendelssohn, Strawinsky; 23.05 Interview des Monats— mit Gideon Lev-Ari (Wiederholung): 00.10 Ein kurzes Gedicht.

Programm B:

6.10 Morgengymnastik; 6.20 Musikalische Uhr; 6.59 Eine Minute Hebräisch; 7.35 Gesänge; 7.55 „Grunts Licht": 8.15 *Morgenprogramm;* 10.05 Für die Hausfrau: 12.05 Im Arbeitsrhythmus; 12.30 Unsere Lieder; 13.05 Chansons und Neuigkeiten; 14.10 Neue Schallplatten; 15.05 Orientalische Weisen—Wunschprogramm; 15.52 Jüdische Bräuche und Begriffe; *16.10 Eine Minute Hebräisch;* 16.11 und 16.35 Ausländische Chansons auf Hebräisch; 16.30 Rätselraten — in Fortsetzungen— mit Schmuel Rosen 17.10 Humor und Satire; 18.05 Lieder um ein Thema; 18.45 Täglicher Sprtbericht; 21.05 „Das interessiert mich sehr" — Rahel-Lieder; 22.05 Publikumsmeinung — radiophonischer Hyde Park Corner; 23.05 und 00.10 „Ich bin Dein und Du bist mein":

Militärsender:

Nachrichten : jede Stunde.

6.05 und 7.05 Morgenklänge; 8.05, 12.05, 17.05 und 00.05 Nachrichtenjournale; 9.05 Grüsse mit einem Lied; 9.55 „Doppelt gut" mit Natan Dunewitz; 10.05 und 11.05 „Warm und schmackhaft": 10.55 Programm mit Uri Sela: 11.55 „Es kann auch anders sein" mit Jizchak Tischler; 12.25 Stern zur Mittagszeit-Jazztruppe: 12.55 Das erinnert mich an— mit Chana Semer: 13.05 Chawa Alberstein *und die Platina-Truppe:* 14.05 und 15.05 Zwei bis vier; 16.05 Rufen Sie bitte an (mit Iris Lawi); 17.40 Chansons für jedermann; 18.05 Der Kampf um den Damm im Sinai-Feldzug: (Wiederholung); 19.05 Sondergrüsse— mit Edna Peer; 20.05 *Frisch und munter;* 20.30 Jazz-Ecke; 21.05 Wunschprogramm: 22.05 Lasset uns plaudern— mit Natan Dunewitz; 23.53 Mitternachtsgespräch— Dr. Josef Horowitz „Der Apfel vor uns":

In der Nacht zwischen den Nachrichtensendungen leichte Musik. Lieder, Chansons.

Fernsehprogramm:

17.30 Nachrichten: 17.32 Informationsfilm: 17.42 Naturfilm; 18.10 Freizeitgestaltung; 18.25 iLeder des Alphabtts; 18.30 bis 20.00 Programm und *Nachrichten in arabischer Spra*che; 20.00 Erbgut — „Die Synagoge" — eine sefardische Synagoge in Tel-Aviv: 20.30 Mabat und „Brennpunkt"; 21.45 „Macloyd": „Spaziergang in der Nacht": 22.35 Tagesabschnitt, Nachrichten.

KINOPROGRAMM

TEL-AVIV

ALLENBY: The Sting
BEN JEHUDA *Mame*
CINEMA ONE: Sleeper
CINERAMA: Charly and a Hal
CHEN: Paper-Moon
DEKEL: Blazing Saddlers
DRIVE IN: 7.15 Carry on Doctor 9.45 The Take
ESTHER The Exorcist
GAT: American Graffiti
GORDON: The Belstone Fox
HOD: Lepke
LIMOR: The Exorcist
MAXIM: My Darling Slave
MOGRABI: For Pete's Sake
OPHIR: Watch out, we are Mad
ORDAN: The Godfather
ORLY: S*P*Y*S
PARIS: The Effect of Gamma Rays on Man in the Moon
PEER: Sleuth
STUDIO: La Grande Bouffe
TCHELET: La planete sauvage
TEL-AVIV: *Zardoz*
ZAFON: Deux Hommes dans la Ville

RAMAT GAN

KINO LILLY: 7.15 und 9.30 Blazing Saddles
14.00 Uhr: Cat Ballou

HAIFA

AMPHITHEATRE: Watch out we are *Mad*
ARMON: Paper Moon
ATZMON: The Exorcist
CHEN: La Grande Bouffe
MORIAH: Le Cinema de Papa
MIRON: The Exorcist
ORAH: Serpico
ORDAN: Klute
ORION: The Black Tiger
ORLY: The Sting
PEER: Charlie and a Half
RON: For Pete's Sake
SHAVIT: The Day of the Dolphin

JERUSALEM

ARNON: Some Like it Hot
CHEN: Swedish Flightgirls
HABIRAH: Love so Tender so Violent
JERUSALEM: The way we Ware
ORGIL: La Bonne Annee
SEMADAR: Papillon
RON: Paper Moon
ORNA: The Heartbreak Kid
EDEN: Three the Hard Way
EDISON: Mahkum
MITCHELL: Charlie and a Half
ORION: The Exorcist

חדשות ישראל — ECHO DES TAGES

היצור האנושי — כבן־ערובה

מה שקרה בהולנד — ובמשך השנים האחרונות פעמים רבות בכל קצות העולם — הוא אך ורק סימן להתדרדרות האיומה בערכי המוסר. רצח ופשע היו בינינו תמיד. אולם ההחזקה בבני ערובה והאיום האמיתי להמית אותם, וגם ביצוע הרצח במקרה של אי־מילוי תביעות מחזיקי בני הערובה הם תופעה חדשה. אי־אפשר לטעון שדבר זה לא היה קיים בעבר. אולם רק לעיתים רחוקות מאד הצליחו מבצעי מעשים כאלה לאמת את דבריהם. היום ביצוע כזה עומד על סדר היום — יום־יום.

אין דבר נפשע יותר מהשימוש ביצור אנושי, כבן ערובה, תחת איום בנשק, איום על חייו, שהוא כלל לא מעורב בכל דבר שמחזיקו דורש. ענין מקרי הוא שדוקא הוא נפל בידו של הפושע. כאן יש לזכור ששימוש בבני ערובה למטרות כלשהן הוא המצאה של המחבלים הערביים, הם גילו שוב את יעילותו של פשע זה נגד האנושות. אין פלא שגם בין הפושעים בהולנד נמצא מחבל כזה — או — כפי שהעולם רוצה להבינם היום — "לוחם לחופש של העם הפלסטיני".

אלה האנשים אשר נציגיהם של 105 אומות באירגון העולמי הצביע בעד זכותם להופיע ולייצג את עניינם. יש לאסוף רק את כל הדברים הקשורים אליהם ולשים אותם ביחד, בכדי לדעת ולמדוד את הבושה העצומה של עולם אשר מוכן לכבד רוצחים ומחזיקי בני־ערובה כלוחמי חופש.

מ. ב.

DAS MENSCHENWESEN ALS GEISEL

Das, was sich soeben in den Niederlanden wieder ereignet hat und was seit vielen Jahren in dieser unserer Welt selbstverständlich geworden ist, stellt wohl kaum etwas anderes dar als die völlige Verminderung aller uns bekannten Werte, ein totales Absinken der Moral. Natürlich hatte die Menschheit von jeher und stets mit Mord und Verbrechen überhaupt zu leben. Aber Geiseln zu nehmen, sie auch wirklich zu ermorden, sollten die Forderungen derer, die eben zu diesem Mittel gegriffen hatten, nicht erfüllt werden, und das immer wieder, zu oft, ja sogar als Alltäglichkeit, das ist wohl doch eine neue Erscheinung im Leben unserer Menschheit. Denn, auch wenn es früher vorgekommen ist, dass Geiseln genommen wurden, nur sehr selten wagten diejenigen, die das getan hatten, die ihnen schutzlos ausgelieferten Menschen auch wirklich kaltblütig zu ermorden. Heute ist ein solches Geschehen zum fast täglichen, ja alltäglichen Ereignis geworden.

Es gibt wohl kaum ein verbrecherischeres Tun als die Benutzung eines Menschenwesens als Geisel. Hier wird Drohung eingesetzt, Bedrohung mit der Waffe. Hier muss ein Mensch, der mit dem, was seine Bedroher fordern, nicht das Allergeringste zu tun hat, der ganz zufällig in ihre Hände gefallen ist, um sein Leben fürchten, nur weil es ihn traf, ihn unter den Millionen und Abermillionen von Menschen. Aber in diesem Zusammenhange sollten wir uns doch alle daran erinnern, dass die Wiedererweckung der Benutzung von Geiseln zur Durchsetzung irgendwelcher Zwecke von den arabischen Terroristen stammt, dass sie es waren, die diese „schöne Praxis" wieder einführten, die sie zur alltäglichen Erscheinung in unserem Dasein erhoben. Es war schliesslich deshalb kein Wunder, dass unter den Verbrechern in den Niederlanden, wohl als Führer und Planer des Ganzen, ein arabischer Terrorist war, oder ein, wie die Welt sie ja heute so gerne nennt, „palästinensischer Freiheitskämpfer".

Das sind also nun die Menschen, für die schliesslich die Repräsentanten von 105 Nationen in der UN die Stimme und die Hand erhoben, damit ihre Vertreter bei einer Debatte der Weltorganisation gehört werden können. Man brauchte eigentlich kaum etwas anderes zu tun als alle Tatsachen zusammenzutragen, die ein solcher Repräsentant berichten müsste, würde er die Wahrheit über die Sache, die er vertritt, sagen. Dann wäre von Blutvergiessen die Rede, als Hauptziel, von Geiseln, die Stunden und Tage zittern mussten, bevor sie ihr Leben dahingaben, weil Verbrecher, die zu dem Schlimmsten gehören, was unsere Menschheit hervorgebracht hat, eine nationale Idee präsentieren wollen. Natürlich wird all das in der UN nicht erwähnt werden. Wir aber sollten es jetzt jeden Tag aufs neue sagen, stets wieder darauf hinweisen, welche Schande es doch für all jene Staaten, die für diese Geiselnehmer stimmten und jene, die sich der Stimme enthielten, darstellt, in solch unglaublicher Feigheit alles verraten zu haben, wofür das christliche Abendland eigentlich einstehen musste. Menschen als Geiseln zu benutzen ist ein verabscheuungswürdiges Verbrechen. Diese Verbrecher jedoch international als Menschen zu bestätigen, ist es nicht weniger.

M. BIEL

Sowjet-Journalisten fuer die PLO

„Die PLO ist eine Organisation die für die Rechte der Palästinenser kämpft und den Terror verurteilt" diese Meinung vertrat der Vizechefredakteur für Fragen der Aussenpolitik im Rahmen der PRAWDA, Konstantin Gujewandow, in einer Aussprache, in Tel Aviv. Gujewandow ist zusammen mit einer Delegation sowjetischer Journalisten als Gast der neuen kommunistischen Partei (Rakach) in Israel eingetroffen.

Gujewandow erklärte er habe nicht gehört, dass die PLO nach Vernichtung Israels strebe. Gujewandow hatte auf eine Frage des Journalisten, Chawiw Knaan (Haarez) geantwortet. Knaan hatte betont, dass während der Auseinandersetzung mit den Engländern 1946/47 es um militärische Ziele ging, während die PLO-Leute und die anderen arabischen Terroristen sich wahllos Frauen und Kinder als Opfer gesucht haben. Der russische Gast bestätigte, dass nach seiner Meinung derartige Akte als Terror zu bezeichnen sind, aber „die PLO ist keine terroristische Organisation". Der russische Besucher sagte ausserdem, dass die israelischen Behörden in den besetzten Gebieten eine „terroristische Unterdrückungspolitik" betreiben.

Ein anderer russischer Gast (Redakteur der Moskauer Abendzeitung) behauptete seine Zeitung bekomme jährlich 80.000 redaktionelle Briefe, darunter habe er nicht einen einzigen Brief gefunden, in dem ein Jude um Erlaubnis zur Auswanderung gebeten habe.

Die Gäste beklagten sich weiter über die Benachteiligung von Kommunisten und „progressiven Elementen" in Israel. Nach ihrer Darstellung sei es unmöglich kommunistische Zeitungen an Kiosken zu bekommen, und die Araber leben nach ihrer Auffassung „in diesem Lande als Sklaven".

Die Aussprache mit den russischen Besuchern, die zeitweilig sehr heftig war, dauerte drei Stunden.

Beduinen wollen vor der Knesset demonstrieren

Beduinen aus dem Negew u. aus dem Galil wollen heute vor der Knesset gegen Beschlagnahme ihrer Böden demonstrieren. Zugleich wollen sie Aufrufe in Hebräisch und in Arabisch verbreiten, in denen sie das Publikum auffordern, ihnen bei der Rückgabe der beschlagnahmten Böden behilflich zu sein.

Der Aufruf ist von acht Scheichs und anderen Führern aus d. beduinischen Bevölkerung unterzeichnet. Der Initiator der ganzen Aktion, Hassan el Ugabi, erklärte dem Itim-Korrespondenten, dass der kommunistische Moked Knesset-Abgeordnete Meir Pail nächste Woche dringende Tagesordnungsanträge zu dieser Frage einreichen wird.

In dem Aufruf wird erklärt, dass die Beduinen in den fünfziger Jahren ihre Böden verlassen mussten und dass alle Loyalität dem Staate gegenüber ihnen nichts genützt hätte. Alle Bemühungen um Rückgabe der Böden hätten zu nichts geführt.

Nach Auffassung der staatlichen Bodenbehörde gehören die von den Beduinen beanspruchten Böden der Regierung und werden an die Beduinen vom Staate zu einem symbolischen Preise verpachtet. Der Direktor des Bezirks Süd der staatlichen Bodenbehörde, Jehuda Siev, wies darauf hin, dass heute 200.000 Dunam Böden an Beduinen für landwirtschaftliche Zwecke verpachtet sind. Es besteht ein Sonderausschuss im Rahmen der Regierung, an dem sich auch Vertreter der Armee beteiligen. Dieser legt fest, nach welchen Prinzipien Böden im Negew vergeben werden sollen.

Für die nächsten Jahre ist eine grosse „Revolution" im Negew zu erwarten. Die Gesamtplanung sieht Umgestaltung ganzer Bezirke vor und diese wird Entfernung eines grossen Teils der Beduinenbevölkerung erforderlich machen, da im Negew Platz für den Aufbau von industriellen Unternehmungen geschaffen werden muss. Nach den Plänen der Regierung sollen die Beduinen in zehn Dörfern zusammengefasst werden. Dort sollen Häuser auf Flächen gebaut werden, die die Beduinen zum Preise von IL 2.000 pro Dunam erwerben können. Diese Transaktion wird möglich sein, wenn die Beduinen ihre alten Plätze geräumt haben.

Umstrittenes Kanada-Investitionsprojekt wurde nun endgueltig annulliert

Der Ausschuss der Wirtschaftsminister nahm zur Kenntnis, dass die kanadischen Investoren, die in der Nähe von Netania ein besonderes Wohnviertel „Kirjat Kanada" gründen wollten, von ihren Plänen zurückgetreten sind.

Die Debatte um diesen Plan zieht sich seit Jahren hin. Zuerst hatte die Regierung der Gruppe eine Bodenfläche zum Preise von sieben Millionen IL zur Verfügung stellen wollen. Die kanadischen Partner kamen jedoch ihren Verpflichtungen nicht nach und verzögerten den Baubeginn. Als sie wieder aktiv wurden, waren die Preise für die Böden ganz erheblich gestiegen und die staatliche Bodenbehörde stellte sich auf den Standpunkt, dass der Preis von sieben Millionen IL völlig unberechtigt wäre. Staatliche Schätzer waren der Auffassung, dass der Wert des Bodens inzwischen auf 30 Millionen IL gestiegen sei. Gegen diese Summe legten die Kanadier heftigen Protest ein, und am Ende einigten sich beide Seiten auf einen Preis von 15.6 Millionen IL.

Dennoch kam das Bauprojekt nicht vorwärts. In der letzten Zeit wurde der Ausschuss der Wirtschaftsminister mit Hinweisen bestürmt, dass die Vergebung von Böden zu diesem Preise praktisch ein Geschenk für die Investoren darstelle, das absolut unberechtigt sei. Der Ausschuss der Wirtschaftsminister begann, sich mit der ganzen Angelegenheit zu befassen. Inzwischen teilten die kanadischen Investoren mit, dass sie sich von dem Projekt selbst zurückziehen, was hier im Lande mit gewisser Erleichterung aufgenommen wurde. Die kanadische Gruppe hatte geplant, in dem neuen Viertel vor allem Villen und Luxuswohnungen zu bauen.

Mildes Urteil gegen die beiden Hollaenderinnen

Ein mildes Urteil fällte das Militärgericht in Ramalla gegen die beiden Holländerinnen, Paula Vitkam und Margarita Heinsbroeck, die wegen Beihilfe für die Terroristen angeklagt waren.

Beide wurden zu je dreieinhalb Monaten Gefängnis und zu je weiteren 26 Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt. Der Richter erklärte in einer wohl abgewogenen Urteilsbegründung, man müsse verstehen, dass die Unterstützung staatsfeindlicher terroristischer Verbände katastrophale Folgen nach sich ziehen könne. Dennoch habe er versucht in diesem Falle möglichst Milde walten zu lassen und habe alle Momente in Betracht gezogen, die den beiden weiblichen Angeklagten zugute kommen können.

Das Ergebnis ist dieses Urteil, wobei die Haftdauer bereits seit Festnahme der beiden Angeklagten gilt.

aus dem Lande

Der Stadtrat von Petach Tikwa beschloss das Wassergeld und die Kanalisationsgebühren zu erhöhen. Die Steigerung, die sich bei Wasser um 10—25 Agorot pro cbm. beläuft, wurde wegen der allgemeinen Verteuerung vorgenommen. Die Stadtverwaltung von Petach Tikwa weist darauf hin, dass eine Reihe anderer Städte bereits vorher derartige Gebührenerhöhungen beschlossen hatte.

Israelische Firmen, besonders der Metallbranche und der elektronischen Industrie werden aufgrund ihrer Beteiligung an einer internationalen Messe in Bukarest ihren Export erhöhen können. An der Messe hatten sich neun Firmen aus Israel beteiligt, und die ersten Berichte zeigen, dass die israelischen Produkte dort grosses Interesse gefunden haben.

Der Schweizer Dramatiker, Friedrich Dürenmatt und seine Gattin wurden von Staatspräsident Prof. Katzir und seiner Frau empfangen.

Innenministerium gegen Parken auf Buergersteigen

Der Generaldirektor des Innenministeriums Kuberski wandte sich in einem Schreiben an den Tel Aviver Bürgermeister Lahat gegen die Absicht der Stadtverwaltung, das Parken von Autos auf Bürgersteigen offiziell zuzulassen.

Kuberski erklärt in seinem Brief, das Parken auf Bürgersteigen werde den Fussgängern die Benutzung der Bürgersteige ausserordentlich erschweren. Ferner werde d. Luftverschmutzung verstärkt, und weitere ökologische Probleme würden entstehen. Die Politik der Regierung gehe dahin, Autos möglichst von Tel Aviv fernzuhalten; wenn das Parken auf den Bürgersteigen zugelassen wird, so werden nach Meinung von Kuberski nur noch mehr Autos nach Tel Aviv angelockt werden.

Unser Verkehrskorrespondent erklärt ergänzend, dass sich das Parken auf Bürgersteigen in der letzten Zeit in Tel Aviv sehr „eingebürgert" hat. Dies war die Folge von Andeutungen, dass das Parken offiziell zugelassen werden würde. Tatsächlich hat sich das Parken auf Bürgersteigen in vielen Fällen als Übelstand erwiesen, da Autos auch auf ganz engen Bürgersteigen abgestellt wurden und den Bewohnern das Gehen unmöglich machten. In dieser Frage haben sowohl das Verkehrs- als auch das Innenministerium schwere Versäumnisse begangen, indem sie ihren Standpunkt nicht rechtzeitig klar machten und nicht für eine vernünftige Regelung sorgten. Heute wird es sehr schwer sein, die Autobesitzer wieder von den Bürgersteigen zu vertreiben.

Die Polizei hat während der ganzen letzten Monate das Parken auf Bürgersteigen stillschweigend geduldet und nur in besonderen Fällen Rapporte gemacht. Sie hat ebenfalls das Stehenbleiben von Autos an breiteren Strassenkreuzungen mitten in der Strasse einfach zugelassen, obwohl diese Art von „Parken" eine ausserordentliche Erschwerung für die Autofahrer mit sich brachte und den Verkehr gefährdete.

Israelis fahren am Sonntag am meist[illegible]

Untersuchungen, die im neuen Statistischen [illegible] der Regierung veröffentlicht werden, zeigen die fo[illegible] interessante Tatsache: im Jahre 1972 entfielen 15.3[illegible] insgesamt 3.75 Milliarden Fahrkilometer auf den [illegible] seen Israels allein auf den Sonntag. Aehnliche Ziffern [illegible] te es auch in den früheren Jahren gegeben, und [illegible] weist, dass der Verkehr auf den Chaussen Israels am [illegible] tag am stärksten ist.

Am schwächsten ist dagegen die Kilometerzahl [illegible] Schabbat. Diese wurde mit nur 9.11% Anteil an der [illegible] samtsumme ermittelt.

Eine weitere wichtige Ziffer: im Jahre 1972 legt[illegible] Privatauto im Durchschnitt 21 km pro Jahr zurück [illegible] Taxi 82.200, ein Lastauto 32.280, während die Mot[illegible] der mit 10.100 km weit zurückblieben.

FINANZEN UND WIRTSCHAFT :

Scharfe Rueckgaenge bei Nata[d] und dem schwarzen Dollar

Das Abebben der Abwertungsgerüchte hat dazu geführt, dass die Kurse für den Natad-Dollar und den schwarzen Dollar scharf zurückgegangen sind.

Beide fielen gestern um je sechs Punkte, wobei noch berichtet wurde, dass die Umsätze sehr gering waren. Allem Anschein nach ist auch für die nächsten Tage ein weiterer Rückgang der Kurse zu erwarten, da die Regierung an der Absicht festhält, bis auf weiteres, nicht den Weg der Abwertung des Pfundes zu gehen.

Auf der Börse lag der Aktienmarkt sehr ruhig. Der Aktienindex ging um etwa 0.4% zurück. Die Umsätze an Aktien beliefen sich auf insgesamt IL 950.000.

Andersartig war die Entwicklung bei wertgebundenen Pfandbriefen, diese stiegen um 2% und die Umsätze wurden mit IL neun Millionen angegeben.

★

Die Steuerbehörden zeigen sich gegenüber Böden-Eigentümern, die Vermögenssteuer (Mas Rechusch) zu zahlen haben, entgegenkommend. Die Steuerpflichtigen können bis Ende November die Steuer mit einem Rabatt von 7.5% zahlen. Bisher war diese Möglichkeit nur bis Ende Oktober befristet, aber die Steuerbehörden haben sich veranlasst gesehen die Vergünstigungsfrist zu verlängern.

Eine weitere Angabe des Statistischen Amtes zeigt, dass im „organisierten Einzelhandel" (Warenhäuser und Supermärkte) im August ein [illegible] Rückgang der Umsätze [illegible] zeichnen war. In den [illegible] naten waren die Ums[illegible] grund d. neuen Wirtsc[illegible] tik der Regierung gef[illegible] Sommer waren sie plötz[illegible] der angestiegen und wa[illegible] erneut rückläufig. Beso[illegible] troffen waren langleb[illegible] brauchsgüter, während [illegible] gang der Lebensmittel [illegible] ausmachte. Die Gasge[illegible] ten melden ein Absin[illegible] Umsätze um 7%, eben[illegible] der Brennstoffverbrauch [illegible] gefallen.

Das Handels- und I[illegible] ministerium gibt bekan[illegible] d. Konsumentenpreis fü[illegible] Reis von IL 3.90 auf [illegible] gesenkt wurde. Diese [illegible] me erfolgte aufgrund d[illegible] ganges der Preise für [illegible] dem Weltmarkt.

Aus dem Kurszettel der Tel Aviver Börs[e]

	24.10.1974
OBLIGATIONEN	
6% Devel Loan Serie 4 bearer $ linked	261
6% Israel Electr. „B" $ linked	154
6% Industrial Devel. Bank Serie 8 $ linked	200
5% Dead Sea Works bearer $ linked	180
6½% Zim $ linked	142
Milve Klita 1961 Index 126,3	290
Milve Klita 1962 Index 132,6	273
Milve Klita 1964 Index 138,5	371
Milve Klita 1965 Index 110,1	338.1
Milve Klita 1966 Index 118,6	280
Milve Klita 1967 Index 118,9	270.8
AKTIEN-MARKT	
Ozar Hitjaschwut ord. shares reg.	186
I.L.D.O. Bankholding Ord. sh.	181.5
Bank Leumi „A" ord. stock	221
General Mortg. Bank ord. shares bearer	329
Isr. Dev. & Mortg. Bank „B" ord. sh.	238
Hasneh Insurance ord. shares	163
Housing Mortg. Bank „B" ord. sh.	219
Delek ord. shares reg.	128
Pal. Cold. Stor. & Suppl. IL 10	181
Africa Pal Investments ord. sh. reg. IL 10 h.	313
Israel Land Development ord. sh. reg. IL 10	122.8
Solel Boneh Build. Works 10% bearer	117
Mehadrin	158
Anglo Israel Investment	178
Neot Aviv	78
Rassco 8% pref. ord. shares reg.	77
Ata „C" ord. reg. shares	103.5
Dubek	336.5
Phoenicia 8% ord. pref. part. bearer	71.5
Amerikan Israel Papper Mills	238
Assis	276
Elgar Investment bearer	74
Ellern Investment Ltd. bearer	132
Paz Investments	88
Wolfson Clore Maver Corp. reg. IL 10	79.5
Discount Bank Inv. bearer	156
Bank Leumi Investment ord. shares	180.5
Export Bank Investment	60
Clal Industries	142
Naphta Ltd. ord. shares	91
Lappidot ord. shares reg.	164
I.L.D.C. 10% conv. deb.	73
Ata 10% conv. deb.	70
D-Mark per $	2.5680/700
Swiss Fr. per $	2.8630/50
D-Mark	1.62
Natad (unter Banken)	4.85

TENDENZ AM GESTRIGEN BÖRSENMARKT
übermittelt durch die Wertpapierabteilung der Japhet [illegible]
Ohne Obligo

** = ex rights
* = ex coup. div.

K = Nur Käufer
V = Nur Verkäufer
S = Schlusskurs

Dollar Bonds: schwächer
Index Bonds: schwächer
Aktien: schwächer

ISRAEL NACHRICHTE[N]
[ח]דשות ישראל
TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRACH[E]
— Nr. 251 —
Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 326[illegible]
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 32675
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52
Redaktion: Tel. 30014